

Demografischer Wandel in Deutschland



Heft 1

Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung
im Bund und in den Ländern

Ausgabe 2011

Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Bundesamt

65180 Wiesbaden

Telefon: +49 (0) 611 75-2405

Telefax: +49 (0) 611 75-3330

www.destatis.de/kontakt

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Statistisches Bundesamt

Bereich: „Demografische Analysen und Methoden, Vorausberechnungen“

Telefon: +49 (0) 611 75-4866

Telefax: +49 (0) 611 75-3069

demografie@destatis.de

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Erschienen im März 2011

Weiterführende Informationen:

www.statistikportal.de

Quelle der Abbildungen, soweit nicht anders angegeben:

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Fotorechte: © Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Der demografische Wandel und seine möglichen Folgen

Geburtenrückgang, Alterung und schrumpfende Bevölkerung sind in den letzten Jahren zu Recht in das Zentrum der öffentlichen Diskussion gerückt. Diskutiert werden dabei vor allem die Folgen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Die sinkende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und die gleichzeitig steigende Zahl älterer Menschen verschieben den demografischen Rahmen in bisher nicht gekannter Art und Weise. Zwar hat sich die Zahl und Struktur der Einwohner in Deutschland auch in den letzten Jahrzehnten schon deutlich verändert, dieser als schleichend empfundene Strukturbruch wird sich in den nächsten Jahren jedoch deutlich beschleunigen. So kamen im Jahr 2009 auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) 34 Personen im Rentenalter (ab 65 Jahre); 2030 dürften es mehr als 50 sein. 1970 lag dieser sogenannte Altenquotient noch bei 25.

Neben den laufenden Bevölkerungsstatistiken erstellt die amtliche Statistik seit Mitte der 1960er Jahre zwischen Bund und Ländern abgestimmte Bevölkerungsvorausberechnungen, die auf der Basis von plausiblen Annahmen zur Geburtenentwicklung, Lebenserwartung und Wanderungsbewegungen Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung aufzeigen. Ende 2009 wurden die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für den Bund und Anfang 2010 für die Bundesländer veröffentlicht.

Diese Bevölkerungsvorausberechnung liefert nun die aktuelle Grundlage für weiterführende Vorausberechnungen zu Folgen der demografischen Entwicklung. Die Berechnungen hierzu wurden mit transparenten Verfahren durchgeführt und zeigen aus heutiger Sicht mögliche Folgen der demografischen Entwicklung im Bund und in den einzelnen Bundesländern auf. Betrachtet werden nur Themenfelder, die in hohem Maße „demografieabhängig“ sind.

Das hier vorliegende Heft 1 der Reihe „Demografischer Wandel in Deutschland“ beleuchtet neben der Bevölkerungsentwicklung, wie sich Zahl und Zusammensetzung der Haushalte im Bund und in den Ländern entwickeln dürften. Das bereits im November 2010 erschienene Heft 2 zeigt die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Zahl der in Krankenhäusern behandelten Patienten und die zukünftige Zahl der Pflegebedürftigen.¹ Eine gemeinsame Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigte, wie demografischer Wandel den zukünftigen Bedarf am Pflegepersonal beeinflussen wird.² Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel bis zum Jahr 2025 sind im Rahmen des im Sommer 2010 veröffentlichten Bildungsberichts „Bildung in Deutschland 2010“ beleuchtet worden.³

1 Statistisches Bundesamt (2010c) (Hrsg.): Demografischer Wandel in Deutschland - Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige, Heft 2, elektronische Publikation, Wiesbaden.

2 Afentakis, A., Maier, T. (2010): Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufe bis 2025, in: Wirtschaft und Statistik 11/2010, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, S. 990 – 1002.

3 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld.

Einführung	6
1 Entwicklung der Bevölkerung	8
1.1 Wichtige Veränderungen bis 2030	8
1.2 Natürliche Bevölkerungsbilanz: Steigende Lebenserwartung bei niedriger Geburtenrate	10
1.3 Wanderungen über die Grenzen Deutschlands und zwischen den Bundesländern	17
1.4 Sinkende Bevölkerungszahl	21
1.5 Deutliche Änderungen im Altersaufbau	23
2 Entwicklung der Privathaushalte	28
2.1 Haushaltsgröße sinkt weiter	28
2.2 Zahl der Privathaushalte steigt noch bis 2025	32
Literaturverzeichnis	37
Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	39

Einführung

Das erste Heft der Reihe „Demografischer Wandel in Deutschland“ zeigt, wie sich Größe, Zusammensetzung und regionale Verteilung der Bevölkerung und Haushalte in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich entwickeln. Diese Veränderungen werden sich auf verschiedenste Lebensbereiche wie z. B. Arbeitsmarkt, Bildungs- und Erziehungswesen, Energie- und Wasserversorgung, Einzelhandel oder Gesundheits- und Pflegesektor auswirken.

Der demografische Wandel in Deutschland ist schon in vollem Gange. Seit fast vier Jahrzehnten reicht die Zahl der geborenen Kinder nicht aus, um die Elterngeneration zu ersetzen. Es sterben mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Ohne Zuwanderung aus dem Ausland würde Deutschlands Bevölkerung bereits seit langem rapide schrumpfen. In den letzten Jahren war der Wanderungsgewinn jedoch zurückgegangen und reichte nicht mehr aus, um den Überschuss der Sterbefälle über die Geburten auszugleichen. Deshalb geht die Bevölkerung seit 2003 kontinuierlich zurück. Langfristig wird die immer weiter aufgehende Schere zwischen der Zahl der Geborenen und Gestorbenen nicht durch Zuwanderung zu schließen sein; dazu wären weit höhere Wanderungsüberschüsse nötig als in der Vergangenheit. Zum anderen hat der demografische Wandel bereits jetzt starke Spuren am Altersaufbau der Bevölkerung hinterlassen: Auf die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er folgen weit geringer besetzte jüngere Jahrgänge. Mit dem fortschreitenden Alter der „Baby-Boomer“ wird deshalb auch die Bevölkerung Deutschlands stärker als bisher „altern“. Dieser Effekt wird durch die zunehmende Lebenserwartung der Älteren noch verstärkt.

Basis der Analysen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels ist die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der statistischen Ämter.⁴ Sie umfasst insgesamt zwölf Varianten und drei Modellrechnungen. In diesem Heft wird die Variante 1-W1 verwendet. Diese Variante markiert die untere Grenze der „mittleren“ Bevölkerungsentwicklung, welche sich bei der Fortsetzung der aktuell beobachteten Trends in der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung ergeben würde. Der Außenwanderungssaldo, der der Differenz der Zuzüge nach und Fortzüge aus Deutschland entspricht, steigt dabei bis zum Jahr 2014 auf 100 000 Personen und verharrt dann auf diesem Niveau. In der Variante Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung wird bei den gleichen Annahmen zur Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung unterstellt, dass der jährliche Wanderungssaldo auf 200 000 Personen bis zum Jahr 2020 steigt und anschließend konstant bleibt. Aus den beiden Wanderungsannahmen ergibt sich ein Korridor, in dem sich das zukünftige Wanderungsgeschehen abspielen dürfte. Zur Binnenwanderung zwischen den Bundesländern wurde angenommen, dass in den einzelnen Altersgruppen der Anteil der Bevölkerung, der in ein anderes Bundesland fortzieht, bis zum Jahr 2020 konstant bleibt und den durchschnittlichen altersspezifischen Fortzugsraten der Jahre 2005 bis 2007 entspricht. Die Zuzüge eines Bundeslandes ergeben sich als Summe der Fortzüge der übrigen 15 Länder in dieses Land. Der Wanderungsverlust der neuen an die alten Länder wird aufgrund der rückläufigen Bevölkerungszahl von aktuell etwa 48 000 auf etwa 14 000 bis zum Jahr 2020 sinken. Zwischen den Jahren 2020 und 2030 nimmt im angewendeten Modell die Intensität der Binnenwanderung ab. Ab dem Jahr 2030 werden keine Binnenwanderungen mehr angesetzt. Eine Schätzung der Binnenwanderungsströme für einen noch längeren Zeitraum würde die Unsicherheiten der Vorausberechnung erhöhen.

Der Zeithorizont der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung reicht bis zum Jahr 2060. Die für die demografische Entwicklung der Bundesländer bedeutsame Binnenwanderung wurde jedoch nur bis zum Jahr 2030 angenommen. Da in diesem Heft vor allem die regionalen Entwicklungen im Fokus stehen, beschränkt sich die Darstellung sowohl der Bundes- als auch der Länderergebnisse auf die zwei kommenden Jahrzehnte bis 2030.

⁴ Siehe Statistisches Bundesamt 2009a, 2009b und 2010a.

Im ersten Teil dieses Heftes wird die demografische Entwicklung für den Bund und die einzelnen Bundesländer betrachtet. Dabei werden die Geburten und Sterbefälle, die die beiden Seiten der natürlichen Bevölkerungsbilanz bilden, mit ihrer aktuellen und künftigen Entwicklung dargestellt. Hinzu kommt der dritte, die Bevölkerungsentwicklung bestimmende Faktor, die Wanderungen über die Grenzen Deutschlands und zwischen den Bundesländern. Diese Faktoren bestimmen den zukünftigen Umgang und Altersaufbau der Bevölkerung.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Entwicklung der Privathaushalte. Die Datengrundlage hierfür liefert der Mikrozensus, die jährliche Befragung von 1 % aller Haushalte in Deutschland. Für die Haushaltsvorausberechnung 2010 wurden die daraus abgeleiteten Trends bei der Bildung der Privathaushalte unterschiedlicher Größe mit der künftigen Bevölkerungsentwicklung kombiniert. Die dargestellten Ergebnisse zeigen die Entwicklung der Anzahl und Struktur privater Haushalte. Dabei gilt, dass die sich abzeichnenden Veränderungen von zwei gegenläufigen Tendenzen bestimmt werden: einerseits der Schrumpfung der Bevölkerung und andererseits dem ungebrochenen Trend zu kleineren Haushaltsgrößen. Die aktuelle Entwicklung und die Vorausberechnungen zeigen, dass eine abnehmende Bevölkerung deshalb nicht zwangsläufig zu einer geringeren Haushaltszahl führen muss.

Zahl und Struktur der Haushalte sind zudem eine wichtige Determinante für die zukünftige Wohnungsnachfrage. Da die Wohnungsnachfrage regional innerhalb eines Bundeslandes oder einer Region sehr unterschiedlich sein kann und neben rein demografischen Faktoren gerade auch wirtschaftliche Aspekte eine große Rolle spielen, kann die absehbare Entwicklung von Zahl und Struktur privater Haushalte nur einen Gesamtrahmen für den zukünftigen Wohnungsbedarf aufzeigen. Letztlich sind regional (kleinräumig) deutliche Unterschiede zu erwarten, die mit der regionalen Gliederungstiefe nach Bundesländern nicht hinreichend abgebildet werden können.

Neben diesen zwischen Statistischem Bundesamt und statistischen Landesämtern koordinierten Vorausberechnungen wurden von einigen Bundesländern eigenständige Bevölkerungsvorausberechnungen und Vorausberechnungen zu möglichen Folgen des demografischen Wandels auf regionaler Ebene erstellt.⁵ Aufgrund methodischer Unterschiede können die Ergebnisse der hier vorliegenden koordinierten Vorausberechnungen von den eigenständigen Modellrechnungen der Länder abweichen.

⁵ Siehe Brachat-Schwarz 2010a und 2010b, Cicholas/Ströker 2009a und 2009b, Ertl 2009 und 2010, Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (2011), Payk/Schmidt/Schwarck 2010, Schulz 2009, Statistisches Amt Saarland 2008 und 2010, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2010.

1 Entwicklung der Bevölkerung

1.1 Wichtige Veränderungen bis 2030

Bevölkerung sinkt um fast 5 Millionen

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten ist weitgehend vorgezeichnet. Im Jahr 2030 werden in Deutschland voraussichtlich nur noch rund 77 Millionen Einwohner leben. Dies entspricht einem Rückgang der Einwohnerzahl gegenüber dem Jahr 2008 um fast fünf Millionen Personen (– 5,7 %). Der Rückgang der Einwohnerzahl geht einher mit einer spürbaren strukturellen Veränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung.

17 % weniger Kinder und Jugendliche ...

Die Bevölkerungsschrumpfung zeigt sich am deutlichsten in der Gruppe der unter 20-Jährigen: Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 17 % weniger Kinder und Jugendliche in Deutschland leben als heute. Statt 15,6 Millionen heute werden es nur noch 12,9 Millionen unter 20-Jährige sein. Die Personen im erwerbsfähigen Alter – heute üblicherweise zwischen 20 und 65 Jahren – werden um ca. 15 % beziehungsweise 7,5 Millionen Menschen zurückgehen. Die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren wird hingegen um rund ein Drittel (33 %) von 16,7 Millionen im Jahr 2008 auf 22,3 Millionen Personen im Jahr 2030 ansteigen.

... 33 % mehr 65-Jährige und Ältere

Unterschiedliche Entwicklung in den Bundesländern

Die hier für Deutschland insgesamt dargestellte Entwicklung wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausfallen. Sowohl im Geburten- als auch im Sterblichkeitsniveau unterscheiden sich die Länder voneinander. Die Binnenwanderung vor allem in Richtung Süddeutschland und in die Stadtstaaten mildert zudem einerseits dort den Bevölkerungsrückgang, verstärkt aber andererseits die Alterung und den Bevölkerungsrückgang in den „Auswanderungsländern“, also vor allem in den ostdeutschen Bundesländern.

Im Folgenden werden die Einflussfaktoren (Geburtenentwicklung, Sterblichkeit, Wanderungen) auf die Bevölkerungsentwicklung im Einzelnen dargestellt und erläutert. Da die zukünftige Entwicklung trotz sorgfältiger Analyse ungewiss ist, wurden für die Bevölkerungsvorausberechnung mehrere Szenarien erstellt. In diesem Heft sind nur die Ergebnisse einer der insgesamt zwölf Varianten und drei Modellrechnungen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung dargestellt, der sogenannten Variante 1-W1 „Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung“. Diese Variante wurde für die weiterführenden Projektionen zu Grunde gelegt. Die dafür getroffenen Annahmen sind in dem folgenden Kasten mit methodischen Erläuterungen aufgeführt.

Methodische Anmerkungen

Die folgenden Ausführungen beruhen zum einen auf den Ergebnissen der laufenden Bevölkerungsstatistik und zum anderen auf den Ergebnissen der 12., zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Die Bevölkerungsvorausberechnungen liefern Aussagen, die nur dann eintreten würden, wenn sich auch alle getroffenen Annahmen erfüllen. Es handelt sich damit nicht um eine Prognose, sondern um „wenn-dann“-Aussagen.

Bei der Interpretation der künftigen Entwicklungen sollen deshalb stets die zugrunde liegenden Annahmen berücksichtigt werden. Die im vorliegenden Heft präsentierten Ergebnisse beruhen auf den Annahmen zu einer Variante der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die die sogenannte Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung darstellt.

Annahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung (1-W1)

	Für Deutschland:	Für die Länder:
Außenwanderung:	Sukzessive Erhöhung des jährlichen Außenwanderungssaldos bis 2014 auf 100 000 Personen; ab 2014 konstanter Wanderungssaldo.	Verteilung des Außenwanderungssaldos nach Ländern entsprechend dem mehrjährigen Durchschnitt.
Binnenwanderung:	–	Binnenwanderungsannahmen wurden bis 2030 getroffen. Der Wanderungsverlust der neuen an die alten Länder geht bis 2030 von aktuell 48 000 auf 0 Personen zurück.
Geburtenhäufigkeit:	Annähernde Konstanz bei durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau. Das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder nimmt bis 2020 um ca. 1,6 Jahre zu.	Das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt steigt in den neuen Ländern schneller als in den alten. Dadurch erfolgt eine weitere Annäherung im Geburtenverhalten.
Lebenserwartung:	Kontinuierlicher Anstieg der Lebenserwartung für neugeborene Jungen auf 81,0 Jahre und Mädchen auf 85,7 Jahre im Jahr 2030	In den alten Ländern gleicher Trend wie für Deutschland insgesamt. In den neuen Ländern Anpassung an die alten Bundesländer bei den Frauen bis 2010 und den Männern bis 2030; dann gleicher Trend wie für Deutschland.

Die Varianten Unter- und Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen. Die Variante Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung (1-W2) stellt die Entwicklung bei einem Wanderungssaldo von 200 000 Personen jährlich dar (dieser Wanderungssaldo wird erst 2020 erreicht und bleibt danach konstant); die anderen Annahmen entsprechen denen der Untergrenze.

Über die beiden Varianten der „mittleren“ Bevölkerung hinaus umfasst die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung weitere Varianten, die zeigen, wie sich die Bevölkerung bei einer zukünftig leicht fallenden oder steigenden Geburtenhäufigkeit oder bei einem höheren Anstieg der Lebenserwartung entwickeln würde. Aus der Kombination unterschiedlicher Annahmen zu Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Außenwanderung ergeben sich insgesamt zwölf Varianten der möglichen Bevölkerungsentwicklung.⁶

Neben den Faktoren Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Außenwanderung hängt die regionale Bevölkerungsentwicklung in starkem Maße von der Binnenwanderung ab. Annahmen zur Binnenwanderung wurden in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2030 getroffen. Daher werden in dieser Reihe Ergebnisse nach Bundesländern nur bis zum Jahr 2030 dargestellt.

⁶ Siehe Statistisches Bundesamt 2009a, 2009b.

1.2 Natürliche Bevölkerungsbilanz: Steigende Lebenserwartung bei niedriger Geburtenrate

Geburtenentwicklung

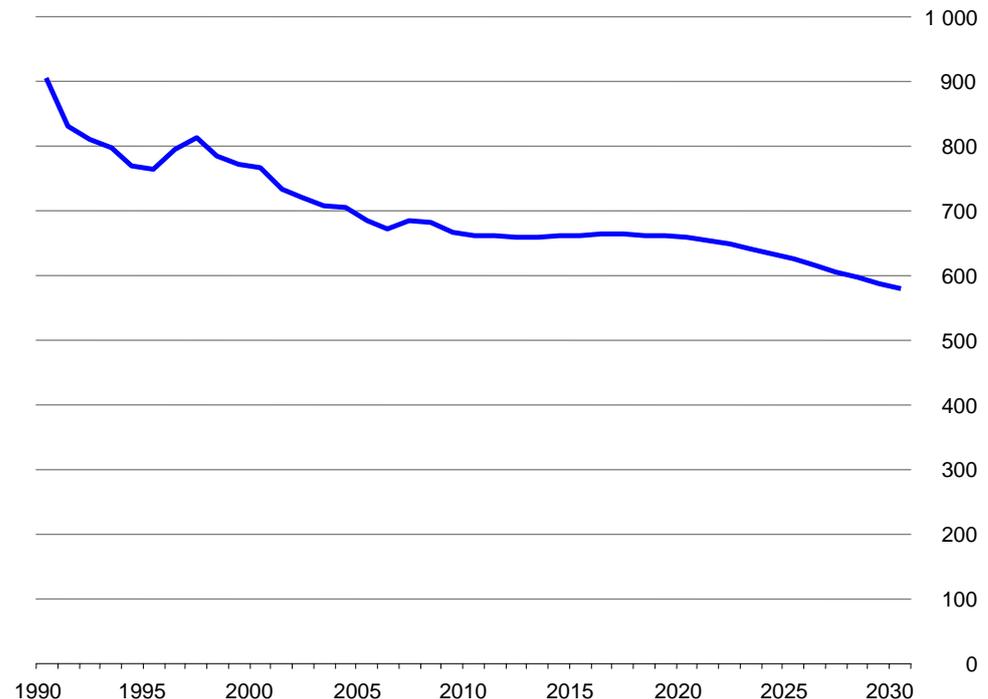
Die Zahl der geborenen Kinder zeigt zum einen, welcher Bedarf zum Beispiel an Kinderbetreuungsplätzen, Kinderärzten, Lehrern, Schulen etc. in den nächsten Jahren bestehen wird. Anhand der Geburtenzahlen kann auch vorausgeschätzt werden, wie sich in Zukunft die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter entwickeln dürfte. Zum anderen beeinflusst die Zahl der geborenen Kinder die Bevölkerung insgesamt: Gibt es genau so viel oder mehr Geburten als Sterbefälle, bleibt die Bevölkerung stabil oder steigt an. Ist die Geburtenzahl niedriger als die Zahl der Sterbefälle, nimmt die Bevölkerung ab. Wanderungen können diese „natürliche“ Bevölkerungsentwicklung allerdings verändern.

Langfristiger Rückgang der Geburten

Seit der deutschen Vereinigung ist die Zahl der Neugeborenen in Deutschland von 830 000 (1991) auf 683 000 (2008) um 18 % gesunken. Auch in den kommenden Jahrzehnten ist mit einem Rückgang zu rechnen: Nach den getroffenen Annahmen dürfte die Geburtenzahl um weitere 15 % auf 580 000 Geburten (siehe Abbildung 1) bis zum Jahr 2030 abnehmen.

Abbildung 1 Lebendgeborene in Deutschland ¹

in 1 000



¹ Ab 2009 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Diese Entwicklung ist die Folge eines bereits lange Zeit bestehenden niedrigen Geburtenniveaus: Die Geburtenhäufigkeit liegt seit über vier Jahrzehnten weit unter dem Bestanderhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau. Solange dies so bleibt, wird jede folgende Müttergeneration kleiner als die vorherige. Die heute etwa 30-jährigen Frauen werden weit weniger Kinder zur Welt bringen, als es für

den zahlenmäßigen Ersatz ihrer Generation erforderlich wäre. Sind ihre Töchter einmal erwachsen und haben ebenfalls durchschnittlich weniger als 2,1 Kinder, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil die Zahl potenzieller Mütter immer kleiner wird.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau⁷ lag in Deutschland im Jahr 2008 bei 1,38 Kindern. Innerhalb Deutschlands zeichnen sich regionale Unterschiede ab: Die höchste Geburtenhäufigkeit weist das Land Sachsen auf. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau lag dort im Jahr 2008 bei 1,44. Unter den westlichen Flächenländern liegen auch Niedersachsen und Schleswig-Holstein (mit 1,42 Kindern je Frau) sowie Nordrhein-Westfalen (1,39 Kinder je Frau) über dem Bundesdurchschnitt. Die Geburtenhäufigkeit in den neuen Ländern hat sich allmählich dem Niveau der westlichen Flächenländer angepasst. Die zusammengefasste Geburtenziffer lag 2008 nur noch in Thüringen mit 1,37 Kindern je Frau leicht unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Relativ geburtenarm waren dagegen die Stadtstaaten und das Saarland. Besonders niedrig war die Geburtenhäufigkeit in Hamburg und im Saarland: Im Jahr 2008 wurden dort durchschnittlich nur 1,25 Kinder je Frau geboren.

**Regionale
Unterschiede
in der Geburten-
häufigkeit**

In der betrachteten Variante der Vorausberechnung wird künftig für Deutschland von einem annähernd konstanten Geburtenniveau ausgegangen.⁸ Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau wird mit 1,4 pro Kalenderjahr angenommen. Weiter wird erwartet, dass das durchschnittliche Alter, in dem Frauen ein Kind bekommen, um etwa 1,6 Jahre bis zum Jahr 2020 ansteigen und danach konstant bleiben wird. In den neuen Ländern wird dieser Anstieg stärker ausfallen als in den alten. Im Hinblick auf den Zeitpunkt der Geburt im Leben der Frauen nähert sich dadurch das Geburtenverhalten in den alten und den neuen Ländern weiter an.

**Auch künftig
1,4 Kinder je Frau
bei steigendem
Gebäralter**

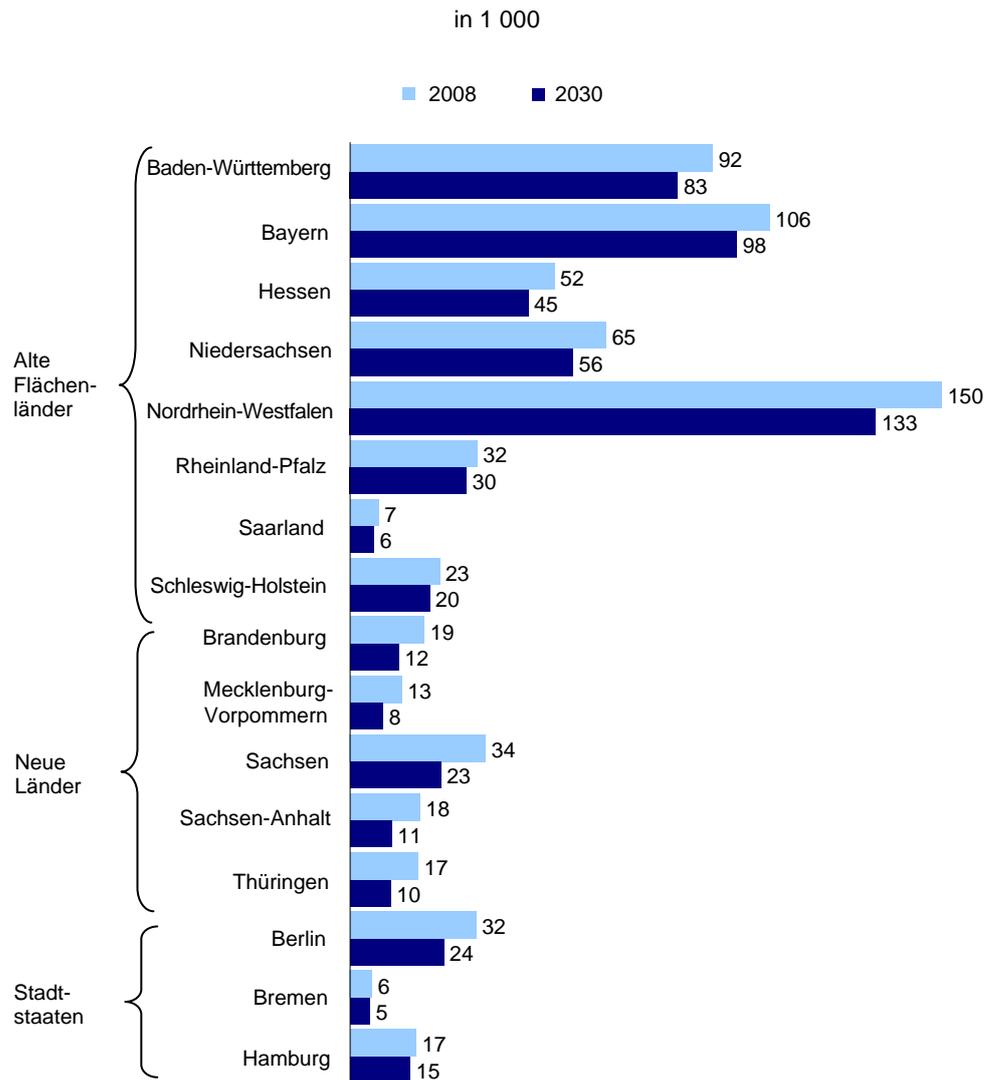
Bis 2030 wird die Zahl der Neugeborenen in allen Ländern zurückgehen (siehe Abbildung 2). Der absolute Rückgang beträgt nach der Vorausberechnung im Vergleich zum Jahr 2008 in den alten Flächenländern rund 55 000 und in den neuen Ländern rund 37 000. Relativ gesehen bedeutet dieser Rückgang für die neuen Länder mehr als ein Drittel (36 %) weniger Geburten, für die alten lediglich 10 %. Von den neuen Ländern sind mit einem Rückgang von etwa 40 % Thüringen und Sachsen-Anhalt, in den alten Flächenländern das Saarland mit 16 % sowie Niedersachsen und Hessen mit jeweils 13 % am stärksten betroffen. Das Land Berlin wird voraussichtlich einen Rückgang von ca. 8 000 Geburten verzeichnen, was einem Verlust von einem Viertel (26 %) im Vergleich zur Geburtenzahl von 2008 entspricht. In Bremen und Hamburg, die heute mit die niedrigste Geburtenhäufigkeit aufweisen, werden die Geburten dagegen nur um 9 % zurückgehen, was für die beiden Stadtstaaten zusammen ein Minus von etwa 2 000 Geburten bedeutet. Diesen Stadtstaaten kommt die angenommene Binnenwanderung zugute, die unter anderem zum Anstieg der Zahl der 30- bis unter 40-jährigen Frauen bis zum Anfang der 2020er Jahre führen wird, während für diese Frauengruppe gleichzeitig mit einer steigenden Geburtenhäufigkeit gerechnet wird.

**Künftige
Geburtenzahlen
in den Ländern**

⁷ Hier und weiter im Text geht es um die sogenannte zusammengefasste Geburtenziffer. Das ist die durchschnittliche Zahl der Geburten je Frau eines hypothetischen Geburtenjahrgangs. Dieser Jahrgang besteht aus allen Frauen, die im beobachteten Kalenderjahr zwischen 15 und 49 Jahren alt waren. Die zusammengefasste Geburtenziffer stellt die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern dar, die für jedes einzelne Alter zwischen 15 und 49 als Verhältnis der Anzahl der Geborenen und der Zahl der Frauen im beobachteten Kalenderjahr berechnet werden.

⁸ Siehe Pöttsch (2010).

Abbildung 2 Lebendgeborene in den Bundesländern 2008 und 2030¹



¹ 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Entwicklung der Sterblichkeit

Während die Geburten für „Zugänge“ in der Bevölkerung sorgen, bilden die Sterbefälle die Gegenseite der natürlichen Bevölkerungsbilanz. Die Zahl der Sterbefälle ist im vereinigten Deutschland bis 2001 fast kontinuierlich zurückgegangen und stagniert seitdem bei etwa 820 000 bis 850 000 im Jahr. Durch die voranschreitende Alterung ist künftig mit einem Anstieg der Sterbefälle zu rechnen.

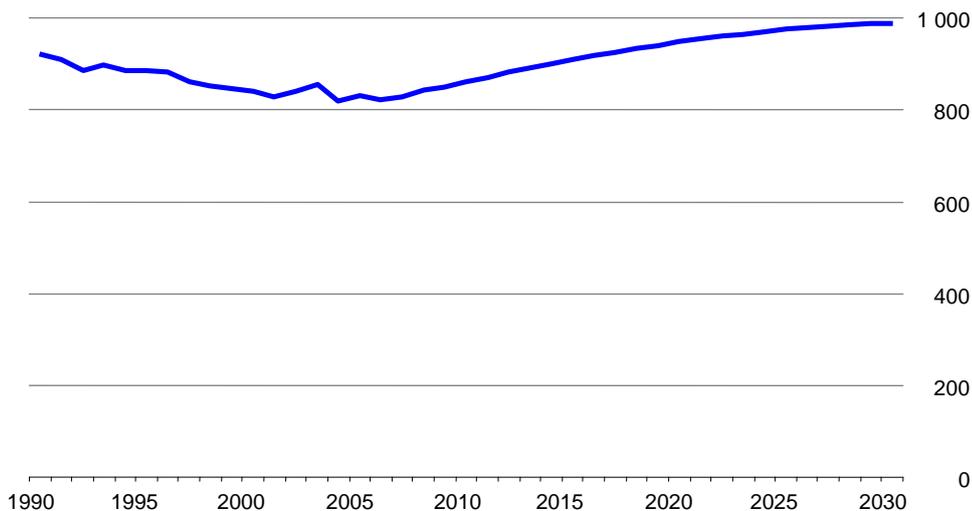
Für diese Entwicklung sind unterschiedliche Einflüsse verantwortlich: Die Zahl der Sterbefälle hängt einerseits von der Lebenserwartung der Bevölkerung ab, die eng mit dem gesundheitlichen Zustand, der Lebensweise der Bevölkerung und dem Niveau der medizinischen Versorgung zusammenhängt. Auf der anderen Seite beeinflusst der Altersaufbau der Bevölkerung die Zahl der Sterbefälle.

In Deutschland nimmt die Lebenserwartung kontinuierlich zu. In den neuen Ländern war sie 1990 deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet. Inzwischen hat aber die Lebenserwartung in den neuen Ländern erheblich zugenommen und fast das westdeutsche Niveau erreicht. Dieser Zuwachs an Lebenserwartung hat zur Abnahme der jährlichen Sterbefälle in Deutschland von 1991 bis 2001 um ca. 80 000 Personen beigetragen.

Mit einem Anstieg der Lebenserwartung wird auch weiter gerechnet. Die aktuelle Stagnation und die zu erwartende künftige Zunahme der Sterbefälle bedeuten also nicht eine Erhöhung der Sterblichkeit etwa aufgrund der Verschlechterung der medizinischen Versorgung oder der Verbreitung von Krankheiten. Der Ursache hierfür liegt vielmehr in der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung. Die Lebenserwartung nimmt bereits seit einiger Zeit vor allem infolge der Gewinne von weiterer Lebenszeit in höherem Alter zu. Dadurch erreichen immer mehr Menschen ein immer höheres Alter. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren die relativ stärker besetzten Jahrgänge von Ende der 1930er Jahre das sehr hohe Alter erreichen werden. Bereits heute ist jeder zweite Gestorbene 80 Jahre oder älter. Aufgrund dieser Entwicklung wird die Zahl der Sterbefälle bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf ca. eine Million steigen (siehe Abbildung 3).

Aktuelle Altersstruktur führt zu mehr Sterbefällen trotz steigender Lebenserwartung

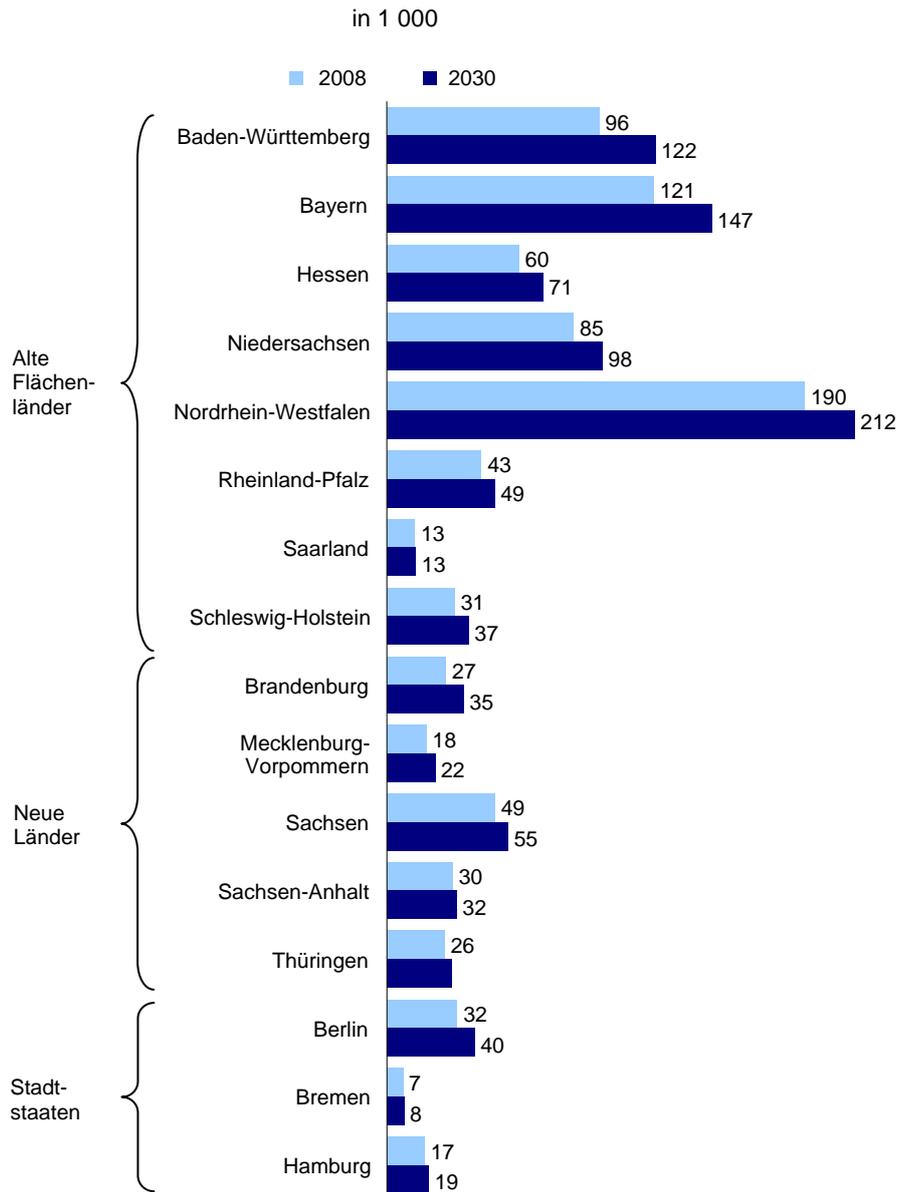
Abbildung 3 Gestorbene in Deutschland¹
in 1 000



¹ Ab 2009 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Die Lebenserwartung bei Geburt beträgt im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 für Jungen 77,2 Jahre und für Mädchen 82,4 Jahre. In den alten Ländern liegt sie insgesamt immer noch etwas höher als in den neuen. Gegenwärtig beträgt der Abstand zwischen alten und neuen Ländern (ohne Berlin) für neugeborene Jungen 1,3 Jahre, für neugeborene Mädchen 0,3 Jahre. Die höchste durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt – für Jungen 78,6 Jahre und für Mädchen 83,3 Jahre – wies Baden-Württemberg auf. Die niedrigste Lebenserwartung wurde in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 75,1 Jahren für Jungen und im Saarland mit 81,1 Jahren für Mädchen gemessen.

Abbildung 4 Gestorbene in den Bundesländern 2008 und 2030¹



¹ 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Künftig weitere Zunahme der Lebenserwartung

Der weitere Anstieg der Lebenserwartung für die Bevölkerung Deutschlands wird bis zum Jahr 2030 voraussichtlich für Jungen knapp vier und für Mädchen gut drei Jahre betragen. Die alten Länder folgen diesem gesamtdeutschen Trend unmittelbar. In den neuen Ländern nimmt die Lebenserwartung anfangs etwas schneller zu und folgt dann ebenfalls der gesamtdeutschen Entwicklung.

Die zunehmend ältere Bevölkerung führt unweigerlich auch zu mehr Sterbefällen in allen Bundesländern (siehe Abbildung 4). Im Jahr 2030 ist gegenüber 2008 mit knapp 150 000 mehr Sterbefällen (+ 17 %) zu rechnen. In den alten Flächenländern werden es voraussichtlich 112 000 mehr sein, in den neuen Ländern 24 000 und in den Stadtstaaten 11 000. Besonders stark sind Länder mit einem hohen Anteil an Hochbetagten betroffen: In Brandenburg, Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Schleswig-Holstein wird die Zunahme der Sterbefälle über 20 % betragen, im Saarland, in Sachsen-Anhalt und in Bremen wird dagegen mit einem Anstieg von unter 10 % gerechnet.

Künftige Entwicklung der Sterbefälle in den Ländern

Natürliche Bevölkerungsbilanz

Die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen eines Jahres bildet die natürliche Bevölkerungsbilanz. Diese war für Deutschland im Zeitraum von 1991 bis 2008 durchgängig negativ, d. h. die Zahl der Geborenen hat die Zahl der Gestorbenen nicht ausgeglichen. Dieses Geburtendefizit schwankte zwischen rund 50 000 (1997) und 160 000 (2008).

Mehr Sterbefälle als Geburten

In den alten Ländern wurde in den Jahren 1991 bis 1993 und 1997 eine positive Bilanz (Geburtenüberschuss) registriert, in den übrigen Jahren war die Bilanz auch hier negativ (Geburtendefizit). Seit 1998 nahm das Geburtendefizit kontinuierlich zu: von 6 000 im Jahr 1998 auf rund 113 000 im Jahr 2008. In den neuen Ländern gab es dagegen in jedem Jahr von 1991 bis 2008 eine negative natürliche Bevölkerungsbilanz. Am höchsten war hier das Geburtendefizit im Jahr 1993 (105 000), danach ging es allmählich zurück und bewegte sich in den letzten Jahren bei etwa 50 000. In der Relation zur Bevölkerung betrug das Geburtendefizit im Jahr 2008 im bundesdeutschen Durchschnitt 2,0 je 1 000 Einwohner, in den alten Ländern 1,7 und in den neuen Ländern 3,7.

2008: Geburtendefizit pro 1 000 Einwohner im Osten doppelt so hoch wie im Westen

Die künftig abnehmenden Geburten und zunehmenden Sterbefälle werden zu einer weiteren Zunahme des Geburtendefizits in Deutschland und in allen Bundesländern führen (siehe Abbildung 5). Das Geburtendefizit für Deutschland wird sich voraussichtlich bis 2030 um etwa 150 % auf 410 000 erhöhen. Relativ zur Bevölkerung des Jahres 2030 wird es 5,3 % je 1 000 Einwohner betragen.

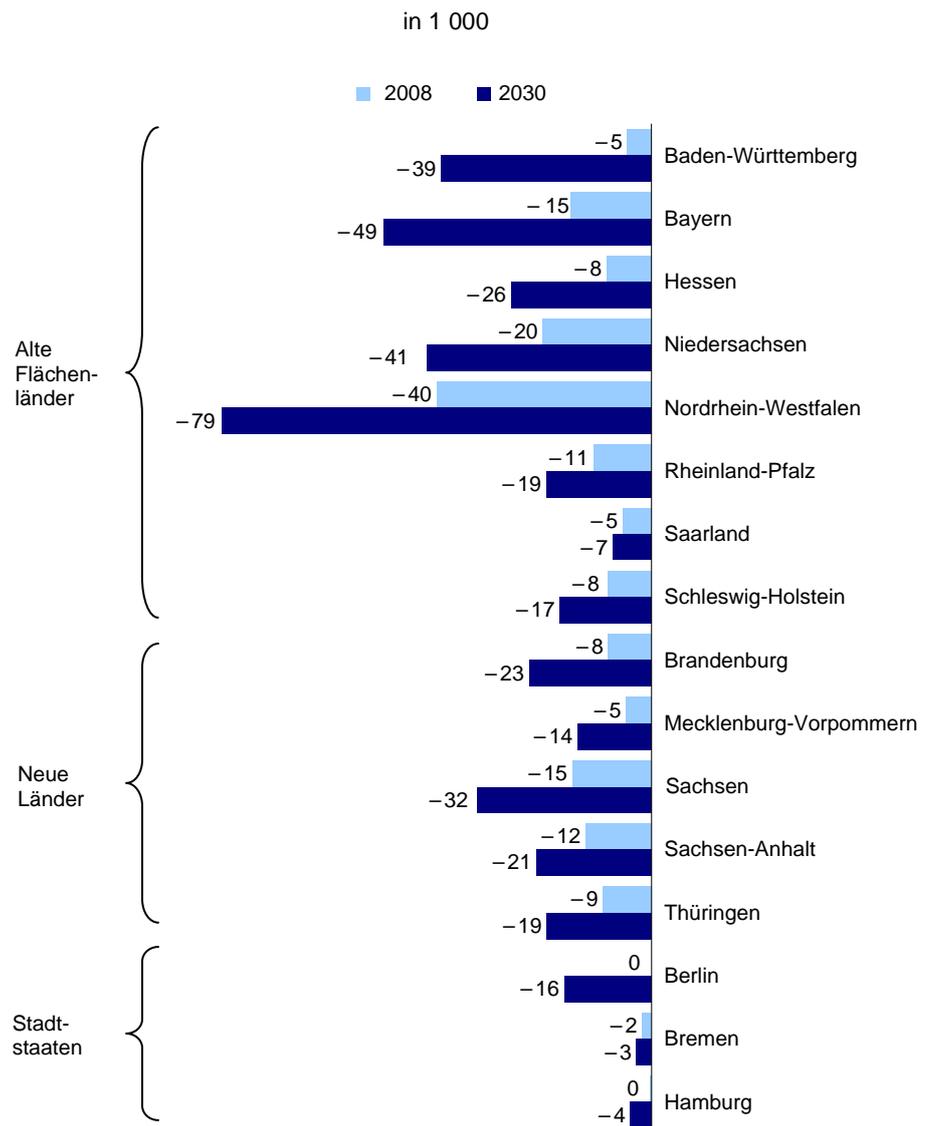
Starker Anstieg des Geburtendefizits bis 2030

Im Jahr 2008 wies Berlin als einziges Land noch eine geringe positive natürliche Bevölkerungsbilanz auf. Bis zum Jahr 2030 dürfte sich hier ein Geburtendefizit von etwa 16 000 einstellen. Auch in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen wird eine besonders starke Zunahme des Geburtendefizits erwartet.

Geburtendefizit 2030 in den Ländern

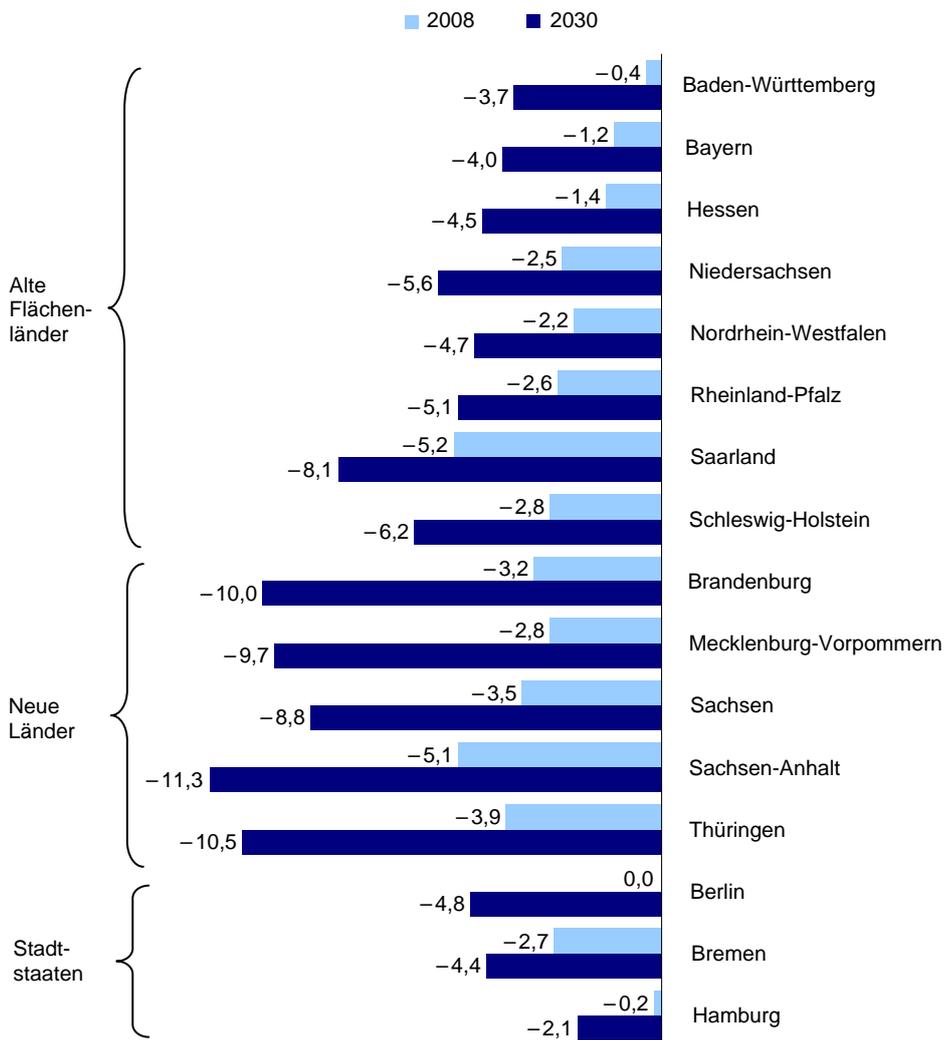
Bezogen auf ihre Einwohnerzahl werden im Jahr 2030 Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern das niedrigste Geburtendefizit aufweisen (siehe Abbildung 6). Am höchsten wird es in den neuen Ländern und dort in Sachsen-Anhalt sein. Bei den alten Flächenländern wird das Saarland ein besonders hohes Geburtendefizit in Relation zur Bevölkerung haben.

Abbildung 5 Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen (Geburtendefizit) in den Bundesländern 2008 und 2030¹



¹ 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Abbildung 6 Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen (Geburtendefizit) je 1 000 Einwohner in den Bundesländern 2008 und 2030¹



¹ 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

1.3 Wanderungen über die Grenzen Deutschlands und zwischen den Bundesländern

Der Saldo aus Zu- und Fortzügen verändert den Bevölkerungsbestand. Für Deutschland insgesamt ist nur die Wanderung über die Grenzen Deutschlands – die so genannte Außenwanderung – relevant, für die Bundesländer spielt neben der Außenwanderung auch der Austausch mit anderen Bundesländern (Binnenwanderung) eine wichtige Rolle.

Außenwanderung

In der Vergangenheit schwankte der Wanderungssaldo stark

Die gesamte Wanderungsbilanz war in Deutschland seit 1991 mit Ausnahme weniger einzelner Jahren positiv und bewegte sich in unterschiedlichen Zeiträumen zwischen 129 000 Personen und 354 000 Personen jährlich. In den Jahren 2003 bis 2007 ging der jährliche Saldo aus Zu- und Fortzügen auf durchschnittlich 74 000 Personen deutlich zurück.⁹ Dies war sowohl auf höhere Fortzüge der Deutschen als auch auf das Versiegen der Zuzüge von deutschen Aussiedlern und die abgeschwächten Zuzüge der ausländischen Personen zurückzuführen.

Werden die Zuzüge nach und die Fortzüge aus Deutschland getrennt betrachtet, lässt sich feststellen, dass insbesondere die Zuzüge große Schwankungen aufweisen, während die Fortzüge im Zeitverlauf relativ stabil bleiben. Da die nach Deutschland zuziehenden Personen in der Regel jünger als die fortziehenden sind, wird die Bevölkerung durch die Außenwanderung quasi „verjüngt“.

Ab 2014 jährliche Nettozuwanderung aus dem Ausland von 100 000 Personen

Bei den Annahmen zur Wanderungsentwicklung im Rahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung standen vor allem die langfristigen Wanderungsströme sowie die aus heutiger Sicht absehbaren Entwicklungen im Vordergrund, welche das künftige Wanderungsgeschehen beeinflussen können. Kurzfristig dürfte sich die ab 2011 geltende volle Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind, auswirken. Zu den langfristigen Einflussfaktoren dürften in den kommenden fünf Dekaden zumindest zwei gehören: eine rapide Alterung und Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland einerseits sowie weltweite durch den Klimawandel verstärkte Wanderungsbewegungen andererseits. Mittel- bis langfristig wird deshalb von einer allmählichen Erhöhung des Saldos der Zu- und Fortzüge ausgegangen. Es wird unterstellt, dass er sich auf einem Niveau bewegen würde, das dem beobachteten langfristigen Durchschnitt entspricht. In der ersten Annahme steigt der jährliche Wanderungssaldo bis zum Jahr 2014 auf 100 000 Personen und verharrt auf diesem Niveau. In der zweiten Annahme wird von einem Anstieg des jährlichen Wanderungssaldos auf 200 000 Personen bis zum Jahr 2020 und anschließende Konstanz ausgegangen. Diese Werte sind – wie immer bei den Wanderungsannahmen – nur als langjährige Durchschnitte zu interpretieren; die tatsächlichen Wanderungen werden aller Voraussicht nach starken Schwankungen unterliegen.

Die in diesem Heft dargestellten Entwicklungen resultieren, wie bereits auf der Seite 9 erläutert, aus der Variante 1-W1 mit der ersten Annahme zum jährlichen Wanderungssaldo von 100 000 Personen für Deutschland insgesamt. Für die Länder wurde angenommen, dass ihr durchschnittlicher Anteil am Außenwanderungssaldo der letzten Jahre bis zum Jahr 2030 konstant bleibt.

Binnenwanderung

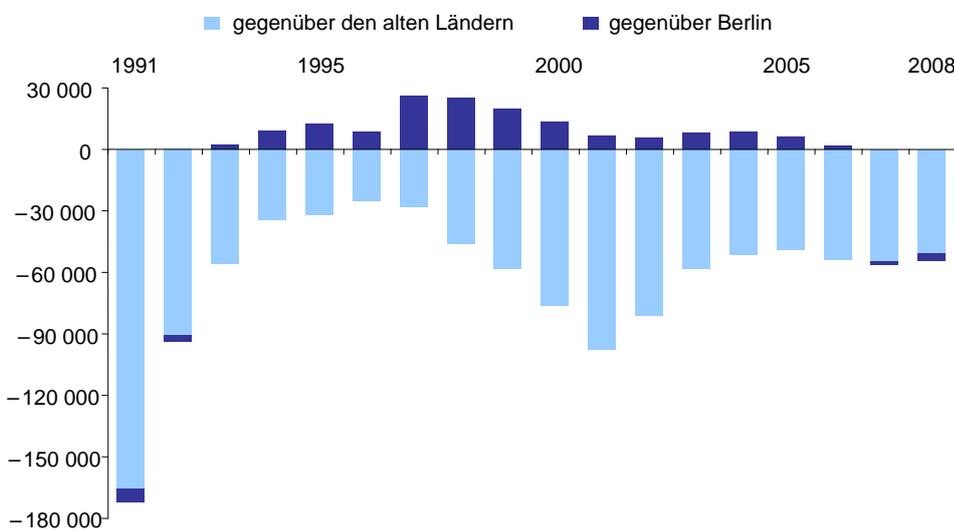
Für die Binnenwanderungen sind in erster Linie wirtschaftliche Faktoren verantwortlich. Länder mit stabiler wirtschaftlicher Entwicklung, mit einem breiten Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen haben in der Regel einen positiven Binnenwanderungssaldo. Die schwächeren Wirtschaftsstandorte verzeichnen dagegen einen negativen Wanderungssaldo.

⁹ Die Jahre 2008 und 2009 sind hier nicht einbezogen, weil die dafür ausgewiesenen Fortzüge zahlreiche Bereinigungen der Melderegister infolge der Einführung der Steueridentifikationsnummer umfassen.

Die Binnenwanderungen sind im vereinigten Deutschland vor allem durch eine beständige Abwanderung aus den neuen in die alten Bundesländer geprägt. Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2008 haben per Saldo gut 1,1 Millionen Einwohner die neuen Länder in Richtung früheres Bundesgebiet verlassen. Der Saldo der Wanderungen zwischen den neuen und alten Ländern war jedoch nicht die ganze Zeit gleich hoch (siehe Abbildung 7): Von 1991 bis 1997 ging die Nettoabwanderung aus den neuen Ländern von 165 000 auf 28 000 zurück. Von 1998 bis 2001 stieg sie erneut auf 98 000 und fiel danach wieder auf 51 000 im Jahr 2008. Gegenüber der Stadt Berlin haben die neuen Länder von 1993 bis 2006 Wanderungsgewinne verzeichnet, die vor allem auf die Fortzüge aus Berlin ins Umland nach Brandenburg zurückzuführen waren. Dies hat den Wanderungsverlust der neuen Länder verringert. 1991 und 1992 wie auch 2007 und 2008 erhöhte sich der Wanderungsverlust der neuen Länder dagegen durch deren ebenfalls negative Wanderungsbilanz gegenüber Berlin.

Abwanderung aus dem Osten in den Westen Deutschlands

Abbildung 7 Binnenwanderungssaldo der neuen Länder 1991 bis 2008



In der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurde zur Binnenwanderung angenommen, dass in den einzelnen Altersgruppen der Anteil der Bevölkerung, die in ein anderes Bundesland fortzieht, bis zum Jahr 2020 konstant bleibt und den altersspezifischen durchschnittlichen Fortzugsraten der Jahre 2005 bis 2007 entspricht. Zwischen den Jahren 2020 und 2030 wird von einer allmählichen Abschwächung der Binnenwanderung auf Null-Niveau ausgegangen.

Künftig geringere Ost-West-Wanderung

Da die besonders mobile junge Bevölkerung in den neuen Ländern zahlenmäßig stark abnimmt und sich somit das Abwanderungspotenzial reduziert, wird auch die Ost-West-Wanderung geringer ausfallen. Die Nettoabwanderung aus den neuen in die alten Länder wird demnach von rund 48 000 im Ausgangszeitraum auf 14 000 im Jahr 2020 zurückgehen.

Die Abschwächung der Ost-West-Wanderung würde für die alten Länder einen geringeren Zustrom an Menschen im erwerbsfähigen Alter bedeuten. Insbesondere sind davon Länder betroffen, die bisher von der Zuwanderung aus dem Osten Deutschlands stark profitiert haben. Im Basiszeitraum hatten vor allem Bayern, Niedersachsen, Baden Württemberg, Schleswig-Holstein und Hamburg einen hohen Anteil von Zuzügen aus den neuen Ländern.

In den meisten Ländern positiver Gesamtwanderungssaldo bis 2030

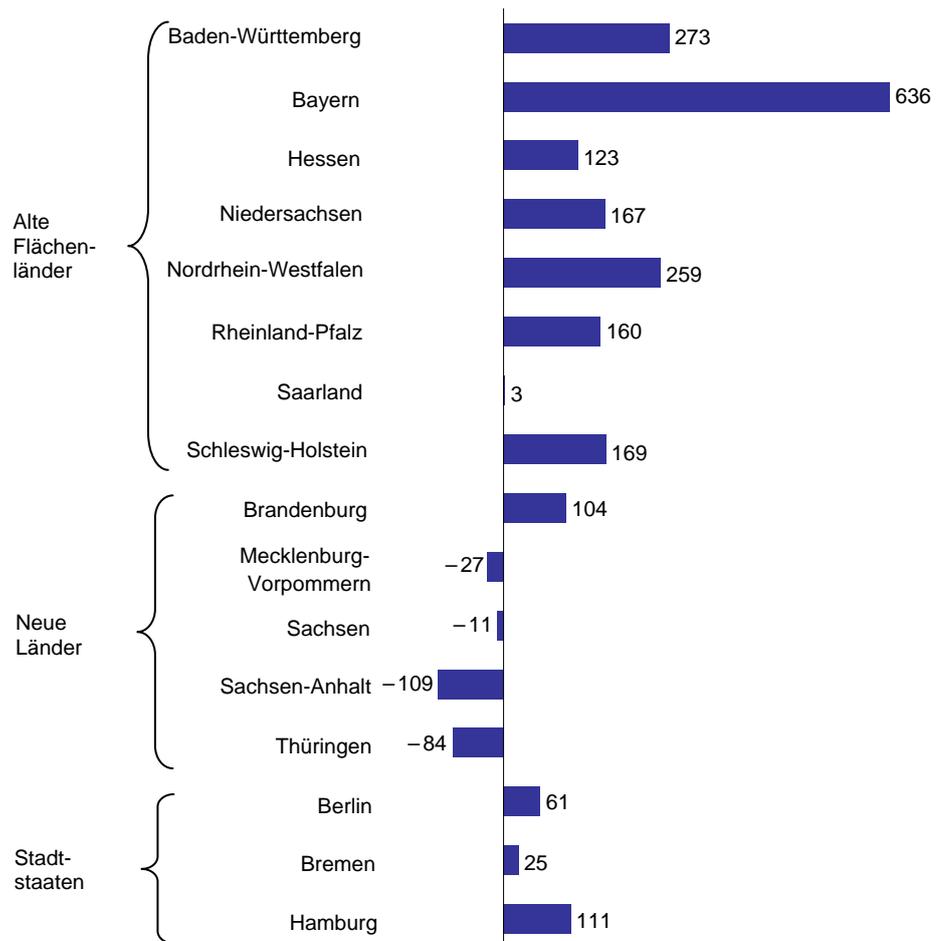
Wanderungsbilanz der Länder

Für die Bevölkerungsentwicklung in den Ländern ist schließlich der Gesamtwanderungssaldo ausschlaggebend, der sich aus der Summe der Salden der Außen- und der Binnenwanderung ergibt. In allen neuen Ländern wird erwartet, dass ihre Wanderungsverluste niedriger ausfallen werden. Da der Anteil der neuen Länder am Außenwanderungssaldo sehr gering ist, spielt hier die sich abschwächende Binnenwanderung eine besonders wichtige Rolle. In Brandenburg wird sogar bereits ab 2011 und in Sachsen ab 2018 ein positiver Gesamtwanderungssaldo erwartet.

Die Außenwanderungsgewinne in den alten Ländern sorgen dafür, dass sie auch bei abnehmenden Zuzügen aus den neuen Ländern eine positive Wanderungsbilanz behalten. Die Abbildung 8 gibt einen Überblick über die angenommenen kumulierten Gesamtwanderungssalden der Länder in den Jahren 2009 bis 2030. Trotz der angenommenen Reduktion der Ost-West-Wanderung bleiben immer noch deutliche Unterschiede in den Wanderungsbilanzen der neuen und alten Länder erhalten.

Abbildung 8 Kumulierte Wanderungsgewinne/-verluste der Bundesländer im Zeitraum von 2009 bis 2030¹

in 1 000



¹ Gesamtwanderung: Summe der Binnen- und Außenwanderungssalden; 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

1.4 Sinkende Bevölkerungszahl

Dem Bevölkerungswachstum der Jahre 1990 bis 2002 folgte in Deutschland ein leichter Bevölkerungsrückgang: Das Geburtendefizit kann seit 2003 durch die Nettozuwanderung nicht mehr ausgeglichen werden. Da das Geburtendefizit künftig beständig steigen wird (vgl. 1.2 Natürliche Bevölkerungsbilanz), wird die Bevölkerung, falls es nicht zu einem höheren Außenwanderungssaldo kommt, weiter zurückgehen: bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf 77,4 Millionen (siehe Tabelle 1).

Spürbarer Rückgang der Bevölkerung zu erwarten

Tabelle 1 Bevölkerung Deutschlands¹
in Millionen

2008	2015	2020	2025	2030
82,0	80,8	79,9	78,8	77,4

¹ Ab 2015 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

In den Ländern ist die Entwicklung bis zum Jahr 2030 sehr unterschiedlich. Bis auf Hamburg erleben alle Länder einen Bevölkerungsrückgang, der nicht überall gleich hoch ausfällt (siehe Tabelle 2 und Abbildung 9). Die Bevölkerung Bayerns und Baden-Württembergs dürfte am wenigsten schrumpfen, die neuen Länder und das Saarland werden am stärksten vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein.

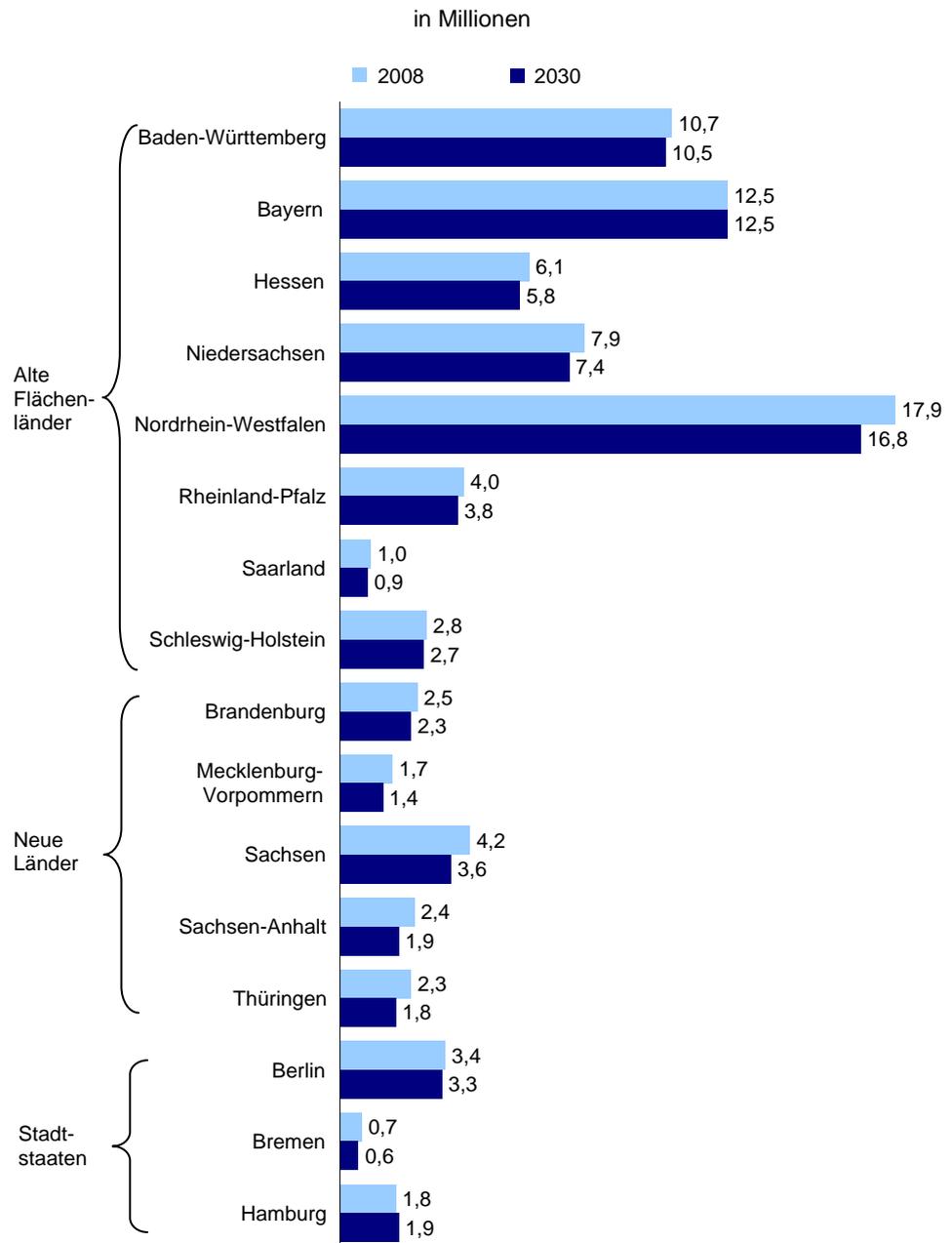
Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung bis 2030 in den Ländern

Tabelle 2 Veränderung der Bevölkerung 2030¹ gegenüber 2008

Bundesland	1 000	%
Alte Flächenländer		
Baden-Württemberg	-223	-2,1
Bayern	-51	-0,4
Hessen	-268	-4,4
Niedersachsen	-551	-6,9
Nordrhein-Westfalen	-1 101	-6,1
Rheinland-Pfalz	-188	-4,7
Saarland	-142	-13,8
Schleswig-Holstein	-116	-4,1
Neue Länder		
Brandenburg	-264	-10,5
Mecklenburg-Vorpommern	-252	-15,2
Sachsen	-557	-13,3
Sachsen-Anhalt	-506	-21,2
Thüringen	-425	-18,7
Stadtstaaten		
Berlin	-103	-3,0
Bremen	-24	-3,6
Hamburg	+82	+4,6

¹ 2030 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Abbildung 9 Bevölkerung der Bundesländer 2008 und 2030¹



¹ 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

1.5 Deutliche Änderungen im Altersaufbau

Deutschland

Im Altersaufbau der Bevölkerung spiegeln sich einerseits demografische Veränderungen während der letzten hundert Jahre wider, andererseits beeinflusst der Altersaufbau die zukünftige Bevölkerungsentwicklung. Die gegenwärtige Verteilung der Bevölkerung Deutschlands weist dermaßen einschneidende Unregelmäßigkeiten auf, dass die Altersstruktur sogar als der dominante Faktor der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten angesehen werden kann.

Aktuelle Altersstruktur bestimmt Bevölkerungsentwicklung der nächsten Jahrzehnte

Besonders deutlich veranschaulichen dies die sogenannten Bevölkerungspyramiden (siehe Abbildung 10). Die hellblaue Spitze des hier dargestellten Altersbaums zeigt die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter. Im Jahr 2008 war sie mit 16,7 Millionen Personen besetzt und stellte 20 % der Gesamtbevölkerung. Diese Altersgruppe umfasst sowohl die noch relativ gut besetzten Jahrgänge der 65- bis 70-Jährigen als auch Hochaltrige. Charakteristisch für diese Altersgruppe sind deutlich mehr Frauen als Männer: Ihr Anteil an den 65-Jährigen und Älteren betrug im Jahr 2008 58 %. Die Ursachen hierfür liegen zum einen in einer höheren Lebenserwartung der Frauen gegenüber den Männern. Zum anderen machen sich hier immer noch die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges bemerkbar.

Die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen wird in der Regel als Bevölkerung im Erwerbsalter betrachtet. Mit 49,7 Millionen Menschen stellte sie im Jahr 2008 61 % der Bevölkerung. Zu dieser Altersgruppe gehören die Personen aus den geburtenstarken Jahrgängen, die gegenwärtig schon vierzig Jahre und älter sind und in den nächsten Jahrzehnten zur allmählichen Alterung des Erwerbspersonenpotenzials und der Gesamtbevölkerung entscheidend beitragen werden.

Die unter 20-Jährigen stellen die Altersgruppe dar, die nachhaltig vom Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte beeinflusst ist. Die Zahl der unter 20-Jährigen lag 2008 mit 15,6 Millionen (19 % der Bevölkerung) bereits leicht unter der Zahl der 65-Jährigen und Älteren. Künftig wird sich dieser Abstand deutlich vergrößern.

Bis zum Jahr 2030 werden die heute unter 20-Jährigen im mittleren Erwerbsalter von 20 bis etwa 40 Jahren sein. Die nach ihnen kommenden jüngeren Jahrgänge werden noch geringer besetzt sein als sie. Die älteren, geburtenstarken Jahrgänge werden aus dem Erwerbsalter kontinuierlich herauswachsen. Aufgrund dieser Entwicklung ist bis zum Jahr 2030 mit einer Schrumpfung der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen um 7,5 Millionen Menschen zu rechnen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird deutlich zurückgehen: von 61 % im Jahr 2008 auf gut 54 % im Jahr 2030.

2030: weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter

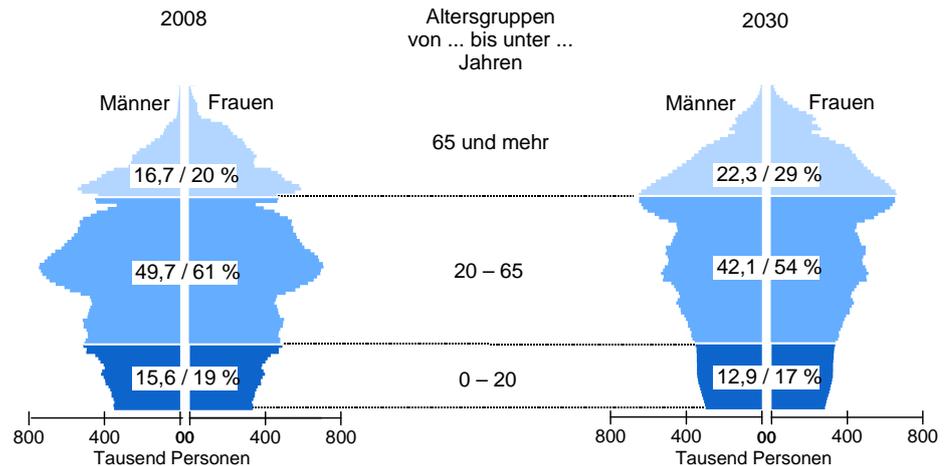
Unter Berücksichtigung der geplanten Anhebung des gesetzlichen Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre würden im Jahr 2030 um 2,6 Millionen Personen mehr im Erwerbsalter sein, als beim Renteneinstiegsalter von 65 Jahren. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials würde dann im Vergleich zu 2008 nicht 15 %, sondern 13 % betragen. Sein Anteil an der Gesamtbevölkerung würde knapp 58 % ausmachen. Allerdings wird dadurch ausschließlich die Gruppe der Älteren unter den Personen im Erwerbsalter wachsen.

Künftig erheblich mehr Menschen ab 65 als unter 20 Jahren

Auch die Altersgruppe der unter 20-Jährigen wird zahlen- und anteilmäßig abnehmen: Im Jahr 2030 wird sie nach der Vorausberechnung 12,9 Millionen Personen umfassen, was 17 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Lediglich die 65-Jährigen und Älteren werden immer zahlreicher. Bis zum Jahr 2030 dürfte ihre Zahl um ein Drittel (33 %) steigen und 22,3 Millionen Menschen oder 29 % der Gesamtbevölkerung betragen.

Abbildung 10 Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland¹

Bevölkerung nach Altersgruppen in Tausend / in % der Gesamtbevölkerung



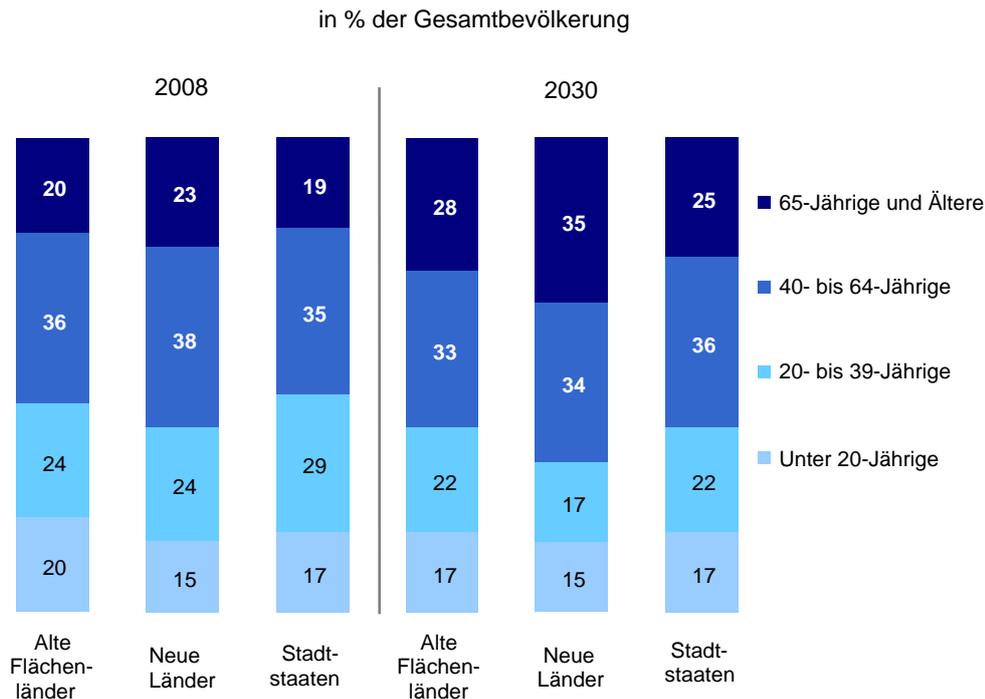
¹ 2030 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Alte Flächenländer, neue Länder, Stadtstaaten

Regionale Unterschiede in der Altersstruktur

In Hinblick auf regionale Besonderheiten ist augenfällig (siehe Abbildung 11), dass die Bevölkerung in den alten Flächenländern und in den Stadtstaaten jünger ist als in den neuen Ländern: Der Anteil der Personen im Alter bis unter 40 Jahren lag im Jahr 2008 in den alten Flächenländern bei 44 %, in den Stadtstaaten bei 46 %, in den neuen Ländern dagegen lediglich bei 39 %. Bei den unter 20-Jährigen wurde in den alten Flächenländern mit 20 % der höchste Anteil gemessen, bei den 20- bis unter 40-Jährigen lag der Anteil in den Stadtstaaten vorn (29 %) und bei den 40- bis unter 65-Jährigen sowie den 65-Jährigen und Älteren galt dies für die neuen Länder (38 % und 23 %).

Bis zum Jahr 2030 wird der Anteil der ältesten Altersgruppe in allen betrachteten Regionen zunehmen, während der Anteil der 20- bis unter 40-Jährigen deutlich sinken wird. Der Anteil der unter 20-Jährigen wird nur in den alten Bundesländern zurückgehen. Der Anteil der 40- bis 64-Jährigen bleibt in den Stadtstaaten nahezu unverändert, in den neuen Ländern und den alten Flächenländern sinkt er leicht.

Abbildung 11 Bevölkerung nach Altersgruppen 2008 und 2030¹

¹ 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

In der Entwicklung der in tertiärer oder beruflicher Ausbildung befindlichen Altersgruppen wird sich der Einbruch der Geburten in den neuen Ländern Anfang der 1990er Jahre noch einige Zeit bemerkbar machen. Wie Tabelle 3 zeigt, sinkt die Zahl der heute 15- bis unter 25-Jährigen (zu dieser heterogenen Gruppe zählen beispielsweise Schüler, Schulabgänger, Auszubildende, junge Erwerbstätige oder auch Jungakademiker) in den alten Flächenländern kontinuierlich: bis 2015 um 6 % und bis 2030 um 25 %. In den neuen Ländern wird die Bevölkerung dieses Alters dagegen bereits bis 2015 um nahezu 40 % schrumpfen, dann aber bis 2030 wieder leicht steigen. Nur in Sachsen-Anhalt wird die Bevölkerung dieser Altersgruppe konstant bleiben.

Tabelle 3 Veränderung der 15- bis unter 25-jährigen Bevölkerung gegenüber 2008¹

Bundesland	2015	2020	2025	2030
	%			
Alte Flächenländer				
Baden-Württemberg	-7	-14	-21	-25
Bayern	-6	-13	-20	-23
Hessen	-7	-12	-19	-22
Niedersachsen	-5	-13	-22	-26
Nordrhein-Westfalen	-7	-15	-23	-27
Rheinland-Pfalz	-7	-15	-24	-27
Saarland	-13	-24	-33	-37
Schleswig-Holstein	-3	-10	-17	-21
Neue Länder				
Brandenburg	-35	-30	-29	-29
Mecklenburg-Vorpommern ..	-41	-38	-37	-38
Sachsen	-37	-31	-29	-28
Sachsen-Anhalt	-40	-39	-39	-40
Thüringen	-39	-36	-36	-38
Stadtstaaten				
Berlin	-24	-24	-24	-23
Bremen	-9	-15	-23	-26
Hamburg	-9	-11	-14	-15
Deutschland	-12	-17	-23	-26

¹ Ab 2015: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Altenquotient

Im Zuge dieser Veränderungen verschiebt sich das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 Jahre bis unter 65 Jahre) und der Bevölkerung im Rentenalter (65 Jahre und älter), abgebildet durch den sogenannten Altenquotienten. Der Altenquotient wird hier vor allem als vergleichender Indikator der Alterung in den Ländern herangezogen.

Altenquotient steigt stark an

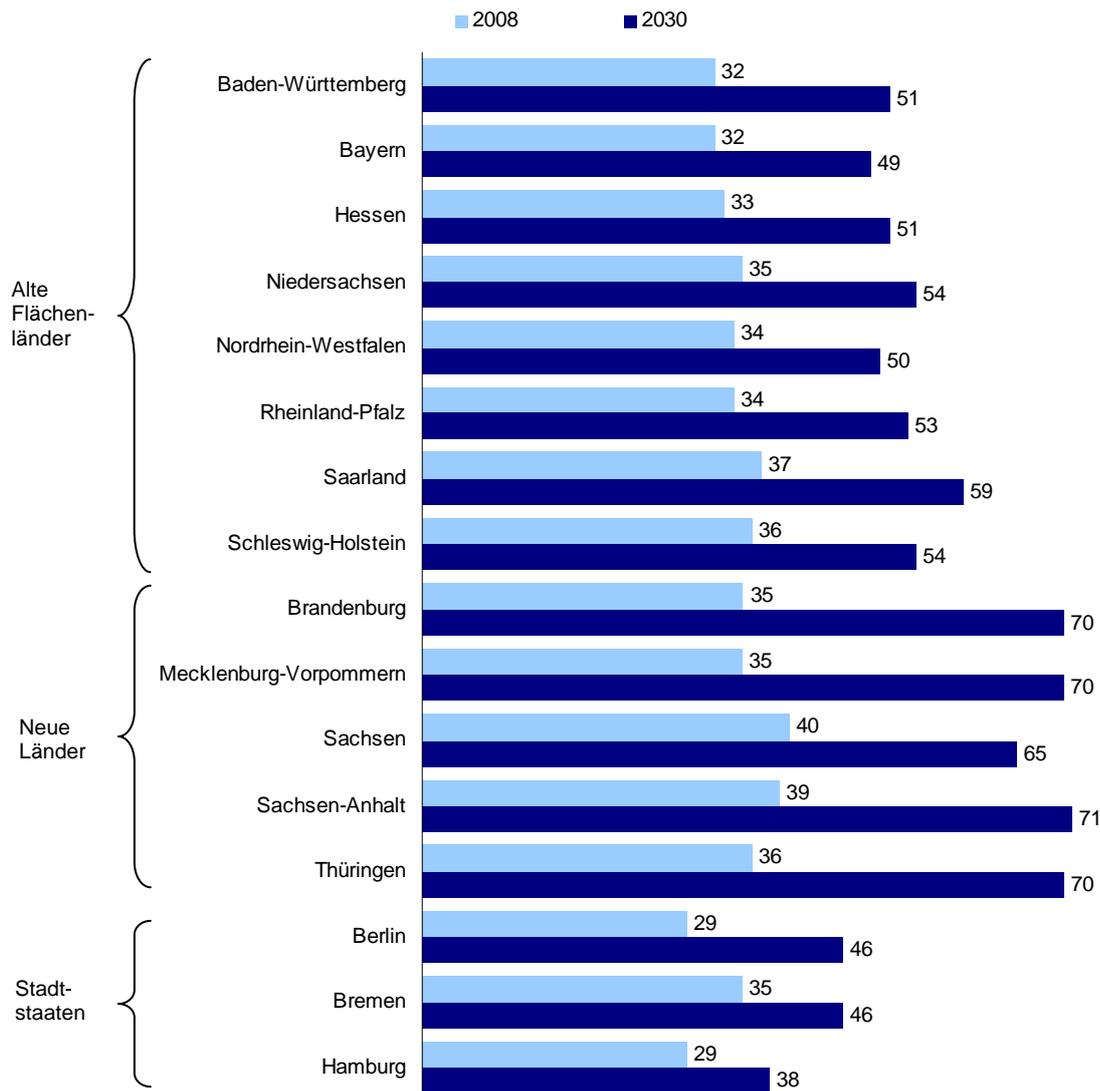
Im Jahr 1991 entfielen 24 Personen der Altersgruppe 65-Jährige und Ältere auf 100 Personen im Erwerbsalter, im Jahr 2008 waren es bereits 34 Personen, bis zum Jahr 2030 werden es nach der hier dargestellten Vorausberechnungsvariante 53 Personen sein. Somit werden im Jahr 2030 nicht einmal zwei Menschen im Erwerbsalter einem potenziellen Rentenbezieher gegenüberstehen, während im Jahr 2008 noch knapp drei Personen im Erwerbsalter für einen Rentner aufkommen konnten.

In den Ländern war der Altenquotient im Jahr 2008 in Berlin und Hamburg (je 29) am niedrigsten (siehe Abbildung 12). Am höchsten lag er in Sachsen (40), in Sachsen-Anhalt (39) und dem Saarland (37). Im Jahr 2030 werden Hamburg mit 38 sowie Berlin und auch Bremen mit 46 zwar ein höheres, jedoch immer noch relativ günstiges Zahlenverhältnis zwischen den Personen im Erwerbs- und Ruhestandsalter haben. Ein besonders hoher Altenquotient ist dann in allen neuen Ländern (65 - 71), aber auch im Saarland (59) zu erwarten.

Deutliche regionale Unterschiede

Abbildung 12 Altenquotienten der Bundesländer 2008 und 2030¹

65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren



¹ 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Im nun folgenden zweiten Teil sollen die voraussichtlichen Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Entwicklung der Privathaushalte beschrieben werden. Für deren Entwicklung sind zusätzliche Faktoren verantwortlich, z. B. die Formen des Zusammenlebens und deren Veränderungen.

2 Entwicklung der Privathaushalte

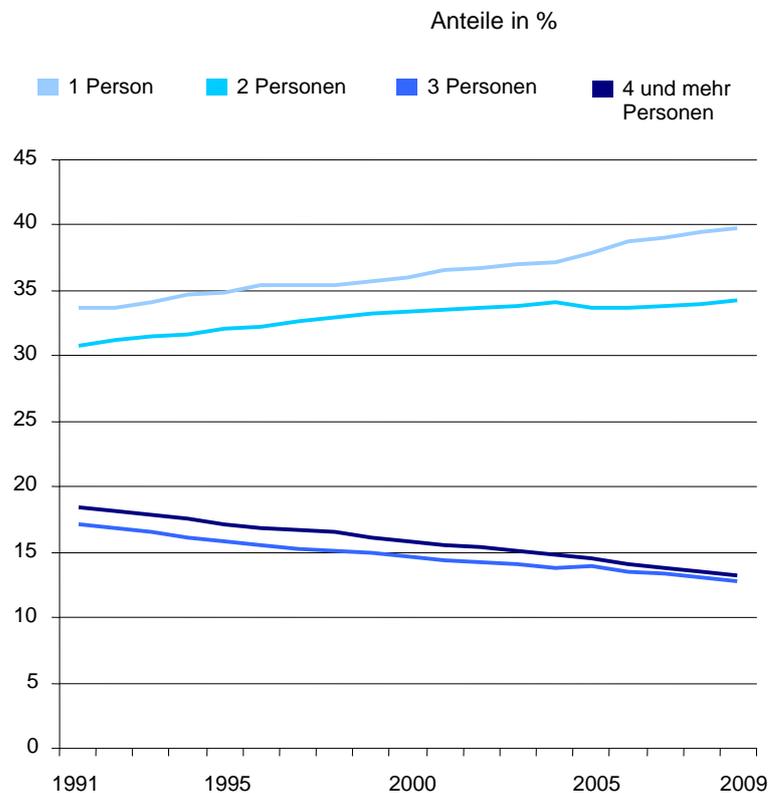
2.1 Haushaltsgröße sinkt weiter

Bisherige Entwicklung

Einpersonenhaushalte dominieren schon seit über drei Jahrzehnten

Die Haushalte in Deutschland werden tendenziell immer kleiner. Dieser Trend wird bereits seit Beginn der statistischen Nachweisung Ende der 1950er Jahre beobachtet. Eine Besonderheit in der Entwicklung besteht darin, dass die Einpersonenhaushalte seit mehr als drei Jahrzehnten die größte Gruppe stellen, wobei ihr Anteil beständig zunimmt. Dabei leben sowohl jüngere als auch immer mehr ältere Menschen allein. Auch die Zweipersonenhaushalte weisen Zuwächse auf. Die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen sinkt dagegen beständig. Abbildung 13 zeigt die Veränderung der prozentualen Anteile der Haushalte mit einer, zwei, drei sowie vier und mehr Personen von 1991 bis 2009 in Deutschland.

Abbildung 13 Privathaushalte in Deutschland nach Haushaltsgröße



Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Zum einen wird die Haushaltsgröße durch demografische Faktoren beeinflusst, wie den Rückgang der Geburten und der Zunahme der Lebenserwartung insbesondere im hohen Alter. Diese beiden Entwicklungen tragen zur Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße bei: die erste durch eine durchschnittlich geringere Kinderzahl je Haushalt, die zweite durch die Zunahme der älteren Menschen, welche hauptsächlich in Ein- oder Zweipersonenhaushalten leben.

Methodische Anmerkungen

Das Verhalten der Bevölkerung bei der Haushaltsbildung wird von einer Vielzahl von Faktoren wie gesellschaftlichen Trends und wirtschaftlicher Entwicklungen beeinflusst. Die Vorausberechnungen zur Haushaltsentwicklung sind deshalb mit mehr Unsicherheiten behaftet als die zur Bevölkerung. Deshalb wird für eine Haushaltsvorausberechnung in der Regel ein kürzerer Zeithorizont als bei einer Bevölkerungsvorausberechnung gewählt. Die Haushaltsvorausberechnung 2010 reicht bis zum Jahr 2030. Sie beruht zum einen auf den Ergebnissen der Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Zum anderen geht sie von der Entwicklung der Personen in Privathaushalten unterschiedlicher Größe im Zeitraum von 1991 bis 2009 aus. Die Datengrundlage hierfür liefert der Mikrozensus, bei dem jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland befragt wird.¹⁰

Als privater Haushalt zählt hier jede zusammen wohnende und eine wirtschaftende Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Personen in Alters- oder Pflegeheimen, Kasernen und ähnlichen Einrichtungen, die dort keinen eigenen Haushalt führen, sondern gemeinschaftlich versorgt werden, zählen zu den Personen in Gemeinschaftsunterkünften und nicht zu den Personen in Privathaushalten. Personen können darüber hinaus neben ihrem Hauptwohnsitz an einem weiteren Wohnsitz (Nebenwohnsitz) einem Haushalt angehören und werden in diesem Fall doppelt gezählt. Die in Teil 2 dargestellte Bevölkerung in Privathaushalten weicht somit von der im ersten Teil gezeigten Bevölkerung ab. Die Umrechnung auf die Bevölkerung in Privathaushalten erfolgte anhand eines Umrechnungsfaktors, der sich aus dem Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 ergab.

Die Haushaltsvorausberechnung basiert auf Haushaltsmitgliederquoten nach zwei Varianten: Trend und Status quo. In der Trendvariante wurden die Veränderungen in der Verteilung der Bevölkerung nach Haushalten unterschiedlicher Größe zwischen 1991 und 2009 fortgeschrieben. In der Status-quo-Variante wurden die Ausgangsverhältnisse im Haushaltsbildungsverhalten konstant gehalten. Beide Varianten spiegeln die Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung auf die Haushaltszahl und -struktur wider. Die Trendvariante berücksichtigt darüber hinaus die Verhaltensänderungen der Bevölkerung bei der Bildung der Privathaushalte und stellt somit ein umfassenderes Zukunftsmodell dar.

In der Trendvariante wurde die Entwicklung der Haushaltsmitgliederquoten bis zum Jahr 2030 anhand der Trends für die weibliche und die männliche Bevölkerung nach neun Altersgruppen projiziert. Diese Trends wurden für drei homogene Gebietstypen ermittelt: alte Flächenländer, neue Länder und Stadtstaaten. Die insbesondere in den neuen Ländern teilweise rasante Dynamik bei der Veränderung der Haushaltsstrukturen wurde bei der Projektion in die Zukunft abgemildert.

Die Ausführungen zu den Ergebnissen der Haushaltsvorausberechnung beziehen sich in diesem Heft generell auf die Trendvariante. Nur an einigen Stellen werden zum Vergleich die Ergebnisse der Status-Quo-Variante herangezogen.

Andererseits beeinflussen unter anderem die in der Vergangenheit gestiegenen Ausbildungszeiten und die erworbenen höheren Bildungsabschlüsse das Heiratsverhalten und die Familiengründungsprozesse und damit auch die Haushaltsstruktur. Längeres Bleiben im elterlichen Haushalt bzw. auch mehr Menschen, die allein oder nur zu zweit leben, sind die Folge. Die Veränderungen von 1991 bis 2009 machen manches deutlich: Die Zahl der Eheschließungen sank in diesem Zeitraum um 17 %, während die Zahl der Scheidungen um etwa 36 % zunahm. Das durchschnittliche Heiratsalter stieg für ledige Männer von 28,5 Jahre auf 33,1 Jahre

Späte Familien- gründung

¹⁰ Siehe Statistisches Bundesamt 2009c.

und für ledige Frauen von 26,1 Jahre auf 30,2 Jahre. 1991 waren die Frauen bei der Geburt ihres ersten in der Ehe geborenen Kindes durchschnittlich 26,9 Jahre alt, im Jahr 2009 aber bereits mehr als drei Jahre älter (30,1 Jahre). Seit 1996 ging die Zahl der Familien – dazu zählen im Mikrozensus Zwei-Generationen-Haushalte, in denen Eltern (oder ein Elternteil) mit Kindern leben – mit zumindest einem minderjährigen Kind um rund 13 % zurück. Die Zahl der Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren sank sogar um 22 %, während die Zahl der Alleinerziehenden zunahm. Sie stellten 1996 14 % dieser Eltern-Kind-Gemeinschaften, 2009 waren es bereits 19 %. Besonders stark waren diese Veränderungen in den neuen Ländern.

Binnenwanderungen verschärfen regionale Unterschiede

Starke Binnenwanderungsströme, welche vor allem durch Arbeitsplatzsuche ausgelöst werden, tragen zu regionalspezifischen Veränderungen in den Haushaltsstrukturen bei. Die dadurch entstandenen Unterschiede sind daher besonders deutlich zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie zwischen den Flächenländern und den Stadtstaaten. Insbesondere in den neuen Bundesländern hat sich seit der Wiedervereinigung ein rascher Strukturwandel vollzogen, wobei sich viele Mehrpersonenhaushalte teilten und eine Vielzahl an Einpersonenhaushalten entstand: Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten nahm in den neuen Ländern im Zeitraum von 1991 bis 2009 von 27 % auf 39 % zu. Neben der Ost-West-Wanderung haben dazu auch Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt und der Rückgang der Geburtenzahlen beigetragen. In den Stadtstaaten zeigt sich ebenfalls ein spezifischer Verlauf in der Entwicklung der Haushaltsstruktur. Die Einpersonenhaushalte haben hier einen weit höheren und rascher wachsenden Anteil als in den Flächenländern.

Auch die ausländische Bevölkerung und die Außenwanderung spielten bisher eine Rolle bei der Herausbildung der Haushaltsstrukturen. Der Nachzug der Familienangehörigen der in Deutschland lebenden Migranten förderte die Bildung von Mehrpersonenhaushalten. Mit einer geringeren Nettozuwanderung als in der Vergangenheit wird der Einfluss der ausländischen Bevölkerung auf die Haushaltsstrukturen in den kommenden Dekaden zurückgehen.

Zukünftige Entwicklung

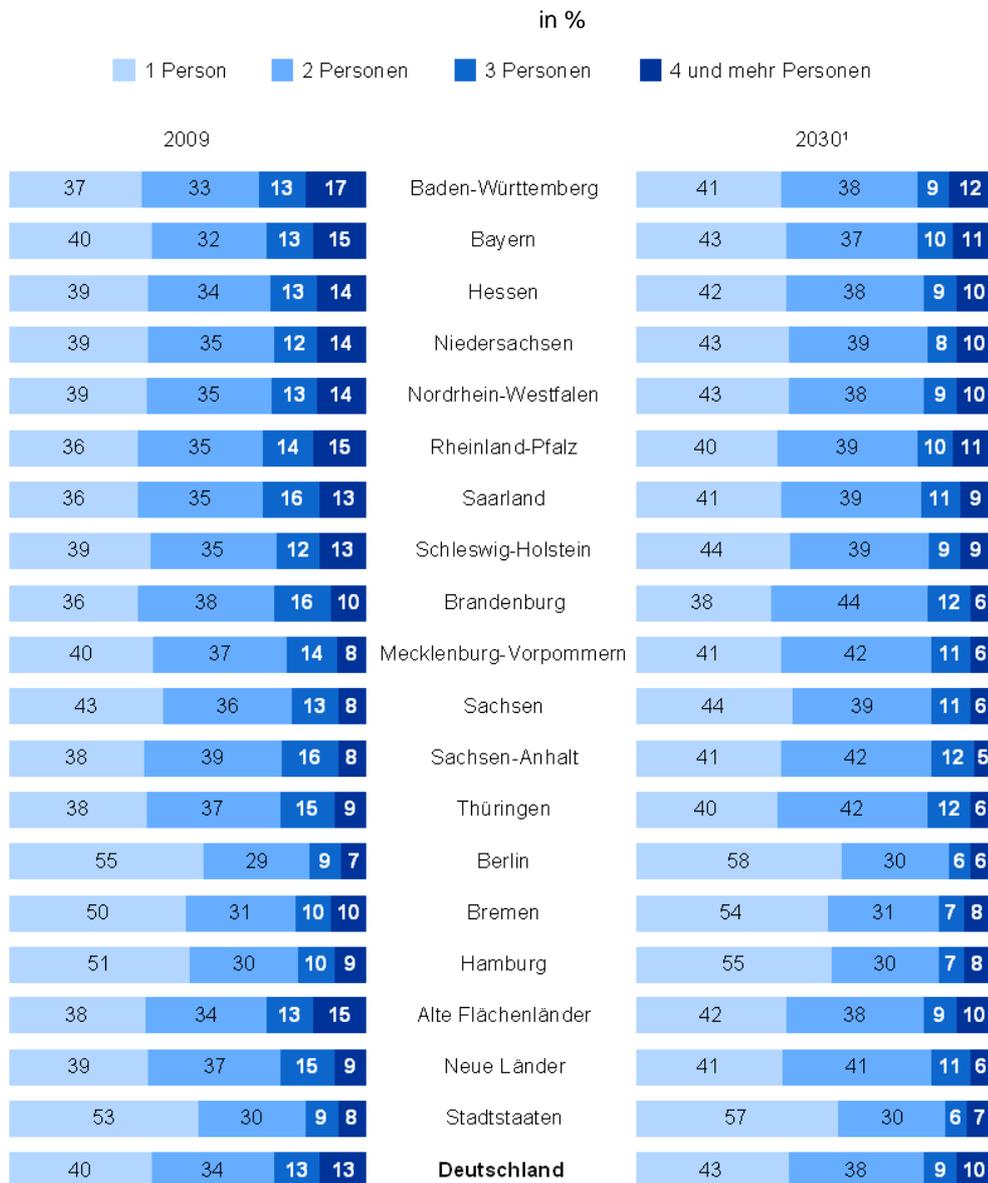
Weiterhin Trend zu kleineren Haushalten

Für die künftige Entwicklung wird eine Fortsetzung des Trends zu kleineren Haushalten erwartet. Dafür sprechen folgende Indizien: Die weiter sinkende Alterssterblichkeit, die immer noch höhere Lebenserwartung der Frauen sowie die schneller als bei Frauen zunehmende Lebenserwartung der Männer führen künftig zu mehr Ein- und Zweipersonenhaushalten im Seniorenalter. Hinzu kommen die niedrige Geburtenhäufigkeit, die Zunahme der Partnerschaften mit separater Haushaltsführung sowie die hohe berufliche Mobilität, was für kleinere Haushalte bei der Bevölkerung im jüngeren und mittleren Alter spricht. Lediglich in den neuen Ländern, die nach der Wiedervereinigung innerhalb kürzester Zeit gravierende Veränderungen in ihrer Bevölkerung und in den Haushaltsstrukturen erlebt haben, wird mit einer Abschwächung der Dynamik hin zu kleineren Haushalten gerechnet.

Nach der Trendvariante der Haushaltsvorausberechnung steigt der Anteil der Einpersonenhaushalte in Deutschland von 40 % im Ausgangsjahr 2009 auf 43 % im Jahr 2030. Auch Zweipersonenhaushalte nehmen anteilmäßig von 34 % (2009) auf 38 % (2030) zu. Die Anteile der Haushalte mit drei und auch der mit vier und mehr Personen, zu denen hauptsächlich Familien gehören, gehen dagegen jeweils von 13 % (2009) auf unter 10 % (2030) zurück. Ohne die Fortsetzung des Trends zu

kleineren Haushalten, d. h. ausschließlich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, würden ähnliche Veränderungen leicht abgeschwächt stattfinden: Im Jahr 2030 würde es dann 41 % Einpersonenhaushalte, 37 % Zweipersonenhaushalte und jeweils etwa 11 % Haushalte mit drei bzw. vier und mehr Personen in Deutschland geben (Status-Quo-Variante).

Abbildung 14 Zusammensetzung der Privathaushalte nach Haushaltsgröße



¹ Ergebnisse der Haushaltsvorausrechnung-2010 (Trendvariante).

Abweichungen in den Summen aufgrund von Rundungsdifferenzen möglich.

In jedem zweiten Haushalt in den Stadtstaaten wohnt bereits heute nur eine Person

Abbildung 14 zeigt, dass die Haushaltsstruktur im Ländervergleich deutliche Parallelen aufweist. Unterschiede zeigen sich vor allem im Anteil der Einpersonenhaushalte zwischen den Flächenländern einerseits und den Stadtstaaten andererseits: Im Ausgangsjahr 2009 lag er in den alten und neuen Flächenländern bei 36 % bis 43 %, in den Stadtstaaten bei 50 % bis 54 %. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte und der Dreipersonenhaushalte war mit 36 % bis 39 % bzw. 13 % bis 16 % am höchsten in den neuen Ländern, danach folgen die alten Flächenländer mit 32 % bis 35 % bzw. 12 % bis 16 % und dann die Stadtstaaten mit 29 % bis 31 % bzw. 9 % bis 10 %. Der Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen lag in den alten Flächenländern bei 13 % bis 17 %, in den neuen Ländern bei 8 % bis 10 % und in den Stadtstaaten lediglich bei 7 % bis 10 %.

Bis 2030 wird in den alten und neuen Flächenländern der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte um bis zu sechs Prozentpunkte zunehmen. In den Stadtstaaten wird dagegen der Anteil der Zweipersonenhaushalte unverändert bei etwa 30 % bleiben, während der Anteil der Einpersonenhaushalte auf 54 % bis 58 % steigen wird. Die Anteile der größeren Haushalte werden in allen Ländern zurückgehen. Während bei den Dreipersonenhaushalten die Anteile in den alten und neuen Flächenländern vergleichbar sein werden (8 % bis 12 %) gilt dies nicht für die Haushalte mit vier und mehr Personen: In den alten Flächenländern wird ihr Anteil 9 % bis 12 % betragen, in den neuen Flächenländern dagegen nur 5 % bis 6 %. In den Stadtstaaten werden die Haushalte mit drei sowie mit vier und mehr Personen im Jahr 2030 noch seltener sein als heute.

Durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt auf unter 2 Personen

Diese Veränderungen schlagen sich in der durchschnittlichen Größe der Haushalte nieder. Diese wird von 2009 bis 2030 in den alten Flächenländern von 2,1 Personen pro Haushalt auf 1,9 Personen, in den neuen Ländern von 1,9 Personen auf 1,8 und in den Stadtstaaten von 1,8 Personen auf 1,7 Personen zurückgehen.

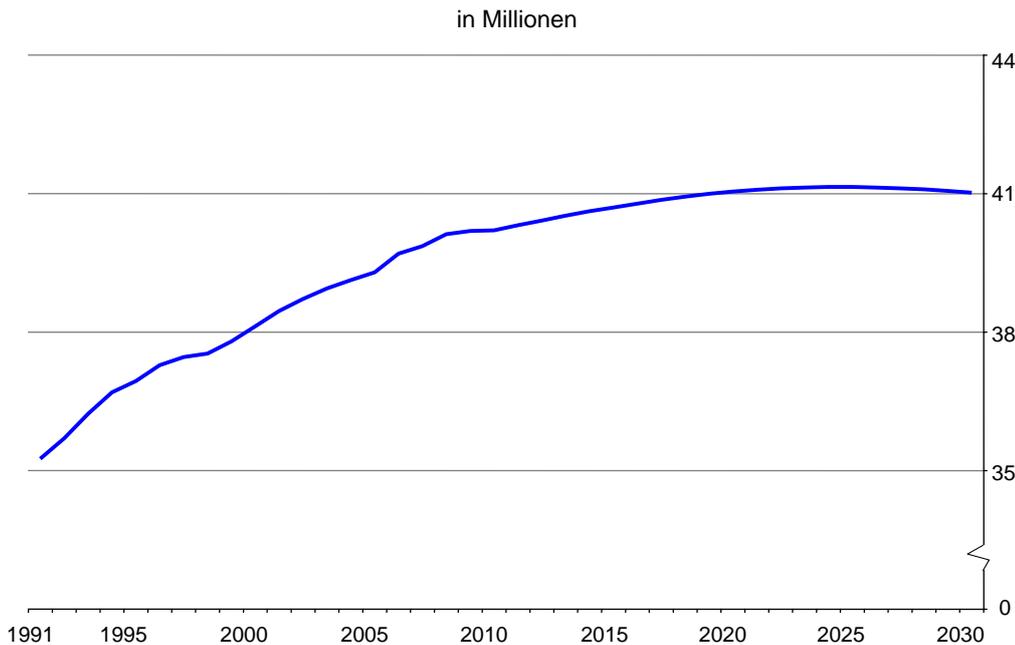
2.2 Zahl der Privathaushalte steigt noch bis 2025

14 % mehr Haushalte seit 1991

Die Zahl der Haushalte in Deutschland belief sich im Jahr 2009 auf 40,2 Millionen. Gegenüber 1991 ist sie um 14 % angestiegen. Der Trend zu kleineren Haushalten führt jedoch dazu, dass sich die Zahl der Haushalte anders als die Bevölkerung entwickelt. Von 1991 bis 2009 ist die Zahl der Haushalte fast sechs Mal so stark angestiegen wie die Zahl der in ihnen lebenden Menschen. Bis zum Jahr 2030 wird die Bevölkerung in Privathaushalten voraussichtlich um 6 % schrumpfen, während die Zahl der Haushalte um 2 % zunehmen wird. Damit wird es in Deutschland im Jahr 2030 41,0 Millionen Haushalte geben (siehe Abbildung 15).

Bis 2030 plus 2 % Haushalte bei minus 6% Bevölkerung

Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird von aktuell 16,0 Millionen auf 17,8 Millionen um rund 11 % bis 2030 steigen; die Zweipersonenhaushalte werden noch stärker zunehmen: von 13,7 Millionen auf 15,5 Millionen oder um 13 %. Dagegen wird die Zahl der größeren Haushalte erwartungsgemäß abnehmen: von 5,1 Millionen auf 3,8 Millionen die Dreipersonenhaushalte bzw. von 5,3 Millionen auf 3,9 Millionen die Haushalte mit vier und mehr Personen (jeweils – 26 % gegenüber 2009).

Abbildung 15 Entwicklung der Privathaushalte in Deutschland bis 2030¹

¹ Ab 2010 Ergebnisse der Trendvariante der Haushaltsvorausberechnung-2010.

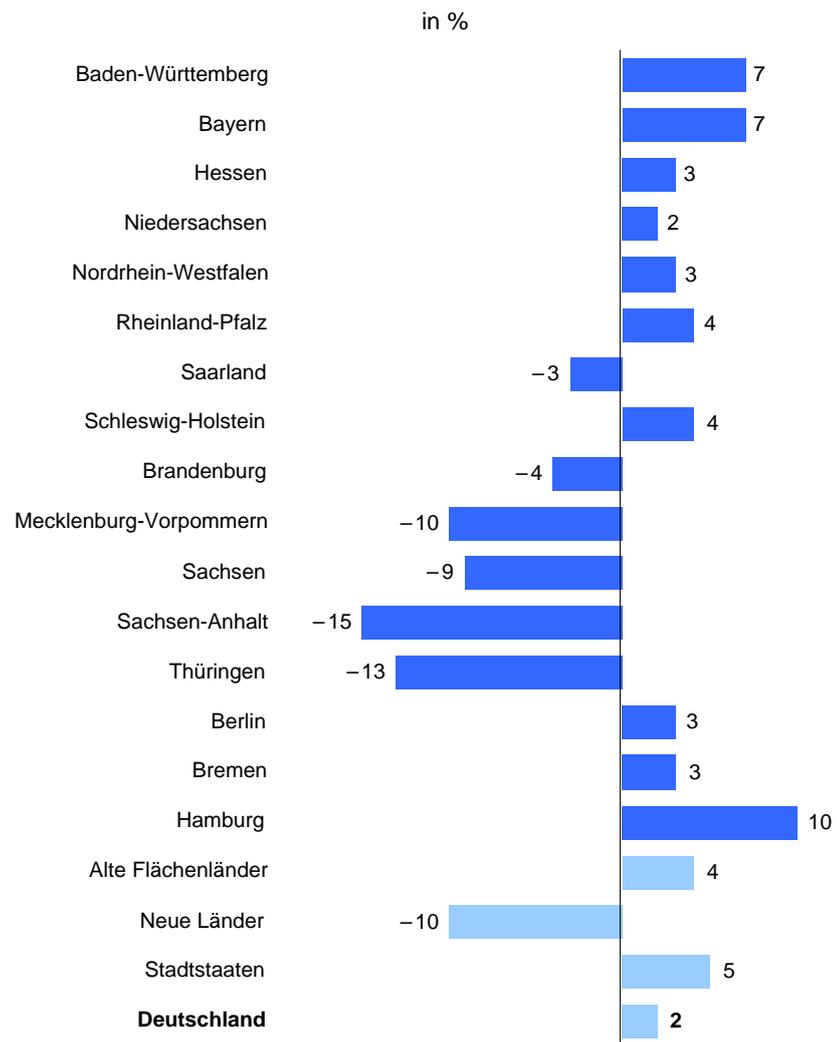
Die Entwicklung in den Ländern wird unterschiedlich verlaufen (siehe Abbildung 16 und Tabelle 4). Die Zahl der Haushalte in den alten Flächenländern und in den Stadtstaaten wird – trotz des leichten Bevölkerungsrückgangs in den meisten dieser Länder – künftig steigen. In den neuen Ländern wird es dagegen künftig weniger Haushalte geben. Die hier zu erwartende Bevölkerungsabnahme um etwa 15 % (bis zum Jahr 2030) wird sich auch auf die Entwicklung der Haushaltszahl negativ auswirken.

In den alten Flächenländern und in den Stadtstaaten wird die Zahl der Haushalte durchschnittlich um 4 % bis 5 % zunehmen. Am stärksten steigt sie in Hamburg (10 %) sowie in Baden-Württemberg und Bayern (jeweils 7 %) an. Das Saarland verzeichnet einen leichten Rückgang um 3 %. Für die übrigen westlichen Flächenländer sowie Berlin und Bremen wird eine Zunahme der Haushaltszahl zwischen 2 % und 4 % erwartet.

Während für die alten Flächenländer insgesamt die Zahl der Zweipersonenhaushalte stärker zunehmen wird als die der Einpersonenhaushalte, tragen in den Stadtstaaten vor allem die Einpersonenhaushalte zur Steigerung der Haushaltszahl bei (siehe Abbildung 16).

In den alten Flächenländern und den Stadtstaaten wird es 2030 fast 5 % mehr Haushalte geben

Abbildung 16 Veränderung der Zahl der Privathaushalte 2030¹ gegenüber 2009



¹ Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung-2010 (Trendvariante).

Tabelle 4 Privathaushalte nach Bundesländern und Haushaltsgröße 2009 und 2030¹

in 1 000

Bundesland	Insgesamt		Davon							
			mit 1 Person		mit 2 Personen		mit 3 Personen		mit 4 und mehr Personen	
	2009	2030	2009	2030	2009	2030	2009	2030	2009	2030
Alte Flächenländer										
Baden-Württemberg	5 003	5 366	1 857	2 204	1 663	2 035	638	490	845	637
Bayern	6 051	6 479	2 391	2 761	1 947	2 385	796	628	917	705
Hessen	2 948	3 041	1 145	1 290	1 007	1 159	383	288	414	305
Niedersachsen	3 833	3 919	1 507	1 682	1 325	1 526	461	333	540	379
Nordrhein-Westfalen	8 592	8 843	3 317	3 796	2 973	3 342	1 081	809	1 221	896
Rheinland-Pfalz	1 889	1 972	677	792	670	774	259	197	283	210
Saarland	482	466	175	191	170	181	75	53	62	41
Schleswig-Holstein	1 400	1 459	548	636	497	564	173	129	182	130
Neue Länder										
Brandenburg	1 245	1 197	451	456	475	522	197	141	122	77
Mecklenburg-Vorpommern	858	769	341	319	322	320	122	86	73	45
Sachsen	2 216	2 011	945	887	808	789	283	213	179	122
Sachsen-Anhalt	1 207	1 021	457	417	468	427	188	123	94	54
Thüringen	1 132	985	430	393	422	411	175	119	105	62
Stadtstaaten										
Berlin	1 991	2 042	1 079	1 183	587	613	177	121	149	125
Bremen	360	370	179	200	112	116	34	25	34	30
Hamburg	981	1 078	495	592	296	323	97	75	93	88
Deutschland	40 188	41 020	15 995	17 799	13 741	15 487	5 139	3 827	5 313	3 907

¹ Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung-2010 (Trendvariante).

Wenn die Verteilung der Bevölkerung nach Haushalten unterschiedlicher Größe auf dem Stand von heute verharren würde (Status-Quo-Variante), würde durch den Rückgang der Bevölkerung auch die Zahl der Haushalte in den neuen Ländern um mehr als 12 % sinken. Da aber der Trend zu kleineren Haushalten weitergehen dürfte, wird dieser Rückgang nicht ganz so stark ausfallen: Die Haushaltszahl wird bis zum Jahr 2030 für die neuen Länder insgesamt nur um gut 10 % sinken (Trendvariante). Zwischen den neuen Ländern gibt es dabei deutliche Unterschiede: In Brandenburg sinkt die Haushaltszahl nur leicht (– 4 %), in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern geht sie stärker zurück (– 9 % bis – 10 %), während Thüringen und Sachsen-Anhalt sogar 13 % bzw. gar 15 % ihrer Haushalte verlieren werden.

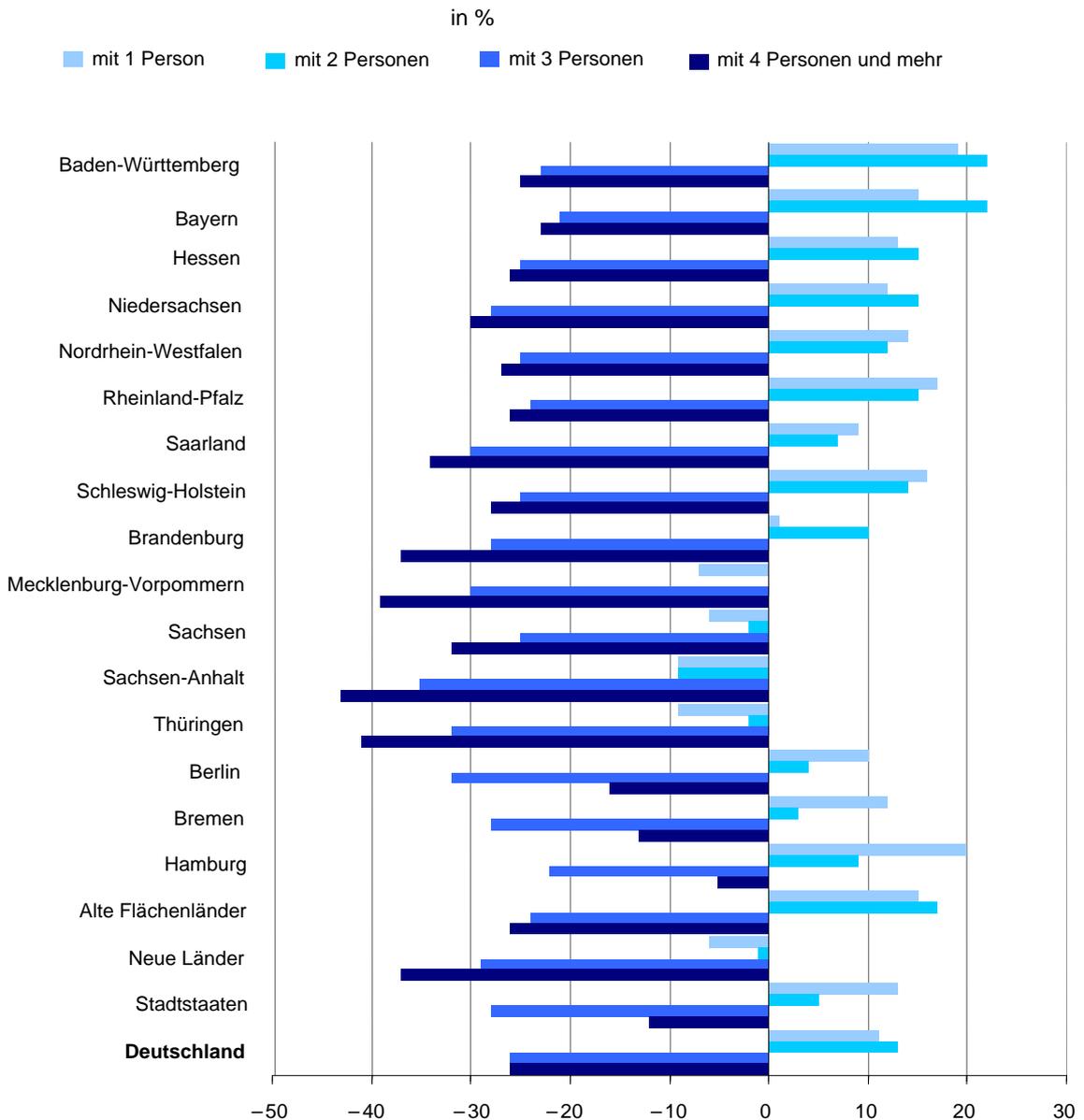
10 % weniger Haushalte in den neuen Flächenländern bis 2030

Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird in Brandenburg leicht (+ 1 %) zunehmen und in den übrigen neuen Ländern wird sie um 6 % bis 9 % sinken. Die Zweipersonenhaushalte nehmen in Brandenburg zu (+ 10 %), stagnieren in Mecklenburg-Vorpommern, sinken in Sachsen und Thüringen leicht (– 2 %) und in Sachsen-Anhalt stärker (– 9 %) (Abbildung 17). Die Zahl der größeren Haushalte geht in allen neuen Ländern zurück, wobei Sachsen-Anhalt am stärksten und Sachsen am geringsten betroffen sein werden: Dreipersonenhaushalte – 25 % bis – 35 %, Haushalte mit vier und mehr Personen – 32 % bis – 43 %.

Neue Anforderungen an den Wohnungsmarkt

Gerade für die Kommunen und den Wohnungsmarkt werden die oben aufgezeigten absehbaren künftigen Entwicklungen Herausforderungen darstellen. So benötigt eine zu erwartende ältere Bevölkerung eine entsprechende, auf sie zugeschnittene Wohninfrastruktur. Dabei geht das Schrumpfen der Bevölkerungsanzahl nicht mit einer entsprechenden Verringerung der Anzahl der Privathaushalte einher. Im Jahr 2030 wird es nach der beschriebenen Vorausberechnung in Deutschland nicht weniger, sondern sogar etwas mehr Privathaushalte geben. Der Trend zu kleineren Haushalten wird sich weiter fortsetzen, was wiederum unmittelbaren Einfluss auf die Anzahl und Größe der benötigten Wohnungen hat. Regional wird es dabei jedoch deutliche Unterschiede geben und dies nicht nur zwischen den Bundesländern sondern auch innerhalb eines Bundeslandes. Wirtschaftlich starke Regionen, im Allgemeinen städtische Gebiete, werden geringere Bevölkerungsrückgänge oder sogar Zuwächse aufweisen, wirtschaftlich schwache Gebiete dagegen überproportionale Bevölkerungsrückgänge.

Abbildung 17 Veränderung der Haushalte nach Haushaltsgrößen 2030¹ gegenüber 2009



¹ Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung-2010 (Trendvariante).

- AFENTAKIS, ANJA, MAIER, TOBIAS (2010): Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025, in: *Wirtschaft und Statistik* 11/2010, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, S. 990 –1002.
- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2010): *Bildung in Deutschland 2010*. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bielefeld.
- BRACHAT-SCHWARZ, WERNER (2010a): Neue Bevölkerungsvorausberechnung für Baden-Württemberg bis 2060 – Herausforderungen und Chancen einer alternden Bevölkerung, in: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, Heft 2/2010, S. 5 – 11.
- BRACHAT-SCHWARZ, WERNER (2010b): Struktur und Entwicklung der Privathaushalte – eine Modellrechnung für Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050, in: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, Heft 8/2010, S. 13 – 16.
- CICHOLAS, ULRICH und STRÖKER, KERSTIN (2009a): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2008 bis 2030/50, in: *Information und Technik NRW – Geschäftsbereich Statistik* (Hrsg.): *Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen*. Band 60. Düsseldorf.
- CICHOLAS, ULRICH und STRÖKER, KERSTIN (2009b): Modellrechnungen zur Entwicklung der Privathaushalte und Erwerbsspersonen, in: *Information und Technik NRW – Geschäftsbereich Statistik* (Hrsg.): *Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen*. Band 64. Düsseldorf.
- DRIEFERT, KATHLEEN: Die Einwohnerzahl wird in weiten Teilen Niedersachsens weiter zurückgehen – Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung, in: *Statistische Monatshefte Niedersachsen*, Heft 1/2011, S. 4 – 26, Hannover 2011.
- EHLING, MANFRED und SOMMER, BETTINA (2010): Struktur und Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland", in: *Badura/Schröder/Klose/Macco* (Hrsg.): *Fehlzeiten-Report 2010*.
- EHLING, MANFRED und PÖTZSCH, OLGA (2010): Demographic Changes in Germany up to 2060 – Consequences for Blood Donation, in: *Transfusion Medicine and Hemotherapy* 37/3/10, S. 131 – 139.
- EGELER, RODERICH (2010): Alterung der Bevölkerung – Ausblick auf die nächsten Jahrzehnte, in: *Hradil, S, Weingarten, J* (Hrsg.): *Alte Gesellschaft, neue Gemeinschaft - Die Gestaltung de Demographischen Wandels in Rheinland Pfalz*, Teil III, Idar-Oberstein 2010, S. 98 – 109.
- ERTL, DAGMAR (2009): Effekte des demografischen Wandels auf das Arbeitskräfteangebot im Saarland, in: *Statistik Journal*, *Statistische Quartalshefte Saarland* 4/2009, S. 9 – 19.
- ERTL, DAGMAR (2010): Demografischer Wandel im Saarland und in den saarländischen Regionen bis 2030, in: *Statistik Journal*, *Statistische Quartalshefte Saarland* 3/2010, S. 37 – 43.
- LANDESBETRIEB FÜR STATISTIK UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE NIEDERSACHSEN (2011): Die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsvorausberechnung für Niedersachsen bis zum 01.01.2031 (*erscheint in Kürze*).
- PÖTZSCH, OLGA (2010): Annahmen zur Geburtenentwicklung in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, in: *Wirtschaft und Statistik* 1/2010, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, S. 29 – 40.
- PÖTZSCH, OLGA (2011): Entwicklung der Privathaushalte bis 2030: Ende des ansteigenden Trends. Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2010, in: *Wirtschaft und Statistik* 3/2011, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- PAYK, BERNHARD, SCHMIDT und HEIKE UND SCHWARCK, CORNELIA (2010): Regionale Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 für Baden-Württemberg, in: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, Heft 4/2010, S. 3 – 11.
- SCHULZ, ANDREAS (2009): Entwicklung der privaten Haushalte in Sachsen bis 2020, in: *Statistik in Sachsen* 1/2009, S. 23-30.

- STATISTISCHES BUNDESAMT (2009a) (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Presseexemplar, abrufbar unter: www.destatis.de, Rubrik: „Bevölkerung → Vorausberechnung Bevölkerung“.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2009b) (Hrsg.): Ausführliche Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland, (nach den 12 Varianten sowie den 3 zusätzlichen Modellrechnungen), elektronische Publikation, abrufbar unter: www.destatis.de, Rubrik: „Bevölkerung → Vorausberechnung Bevölkerung“.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2009c) (Hrsg.): Haushalte und Familien - Ergebnisse des Mikrozensus 2008, Fachserie 1 Reihe 3 – 2008; Arbeitsbericht „Mikrozensus: Haushaltszahlen ab 2005“, abrufbar unter:
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Wissenschaftsforum/MethodenVerfahren/Mikrozensus/MikrozensusHaushaltszahlen,property=file.pdf>.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2010a) (Hrsg.): Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern, elektronische Publikation, abrufbar unter: www.destatis.de, Rubrik: „Bevölkerung → Vorausberechnung Bevölkerung“.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2010b) (Hrsg.): Entwicklung der Privathaushalte bis 2030, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2010, elektronische Publikation, abrufbar unter: www.destatis.de, Rubrik: „Bevölkerung → Vorausberechnung Haushalte“.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2010c) (Hrsg.): Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2: Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern“, elektronische Publikation, abrufbar unter: www.destatis.de, Rubrik: „Bevölkerung“, Publikationen.
- STATISTISCHES AMT SAARLAND (2008): Bevölkerungsentwicklung im Saarland – Trendreport Demografie.
- STATISTISCHES AMT SAARLAND (2010): Bevölkerungsentwicklung im Saarland. 12. koordinierte und regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2010) (Hrsg.): 5.Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, abrufbar unter: www.statistik.sachsen.de/bevprog/.

Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
www.destatis.de
Infoservice
Telefon: 0611 75-2405
Telefax: 0611 72-4000
www.destatis.de/kontakt

**Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn**
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: 0611 75-1
Telefax: 0611 75-8990/-8991
poststelle@destatis.de

**Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin**
Friedrichstraße 50
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
Telefon: 0611 75-9434
Telefax: 0611 75-9430
i-punkt@destatis.de

Statistische Ämter der Länder

**Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg**
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711 641-2866
Telefax: 0711 641-2973
www.statistik-bw.de
vertrieb@stala.bwl.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-0
Telefax: 0611 3802-890
www.statistik-hessen.de
info@statistik-hessen.de

Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681 501-5925
Telefax: 0681 501-5915
www.statistik.saarland.de
presse.statistik@lzd.saarland.de

**Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung**
Neuhauser Straße 8
80331 München
Telefon: 089 2119-205
Telefax: 089 2119-457
www.statistik.bayern.de
vertrieb@statistik.bayern.de

**Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern**
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon: 0385 588-56411
Telefax: 0385 588-56708
www.statistik-mv.de
statistik.auskunft@statistik-mv.de

**Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen**
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon: 03578 33-1423
Telefax: 03578 33-1598
www.statistik.sachsen.de
vertrieb@statistik.sachsen.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlerstraße 3a
14467 Potsdam
Telefon: 0331 8173-1777
Telefax: 030 9028-4091
www.statistik-berlin-brandenburg.de
info@statistik-bbb.de

**Landesbetrieb für Statistik und
Kommunikationstechnologie
Niedersachsen (LSKN)**
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon: 0511 9898-3166
Telefax: 0511 9898-4132
www.lskn.niedersachsen.de
vertrieb@lskn.niedersachsen.de

**Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt**
Merseburger Straße 2
06110 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2318-0
Telefax: 0345 2318-913
www.statistik.sachsen-anhalt.de
info@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon: 0421 361-6070
Telefax: 0421 361-6168
www.statistik.bremen.de
bibliothek@statistik.bremen.de

**Information und Technik
Nordrhein-Westfalen**
Geschäftsbereich Statistik
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2495
Telefax: 0211 9449-2104
www.it.nrw.de
statistik-info@it.nrw.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon: 0361 37-900
Telefax: 0361 37-84699
www.statistik.thueringen.de
auskunft@statistik.thueringen.de

**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Standort Hamburg**
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon: 040 42831-1766
Telefax: 040 42831-1700
Standort Kiel
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon: 0431 6895-9393
Telefax: 0431 6895-9498
www.statistik-nord.de
info@statistik-nord.de

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz**
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-4444
Telefax: 02603 71-194444
www.statistik.rlp.de
info@statistik.rlp.de

